

Biblioteca
USK
Torun

39916⁰

27

LEMBERGS
POLITISCHE PHYSIOGNOMIE
WÄHREND DER RUSSISCHEN
INVASION

(3/IX 1914 — 22/VI 1915)

ERINNERUNGEN UND BETRACHTUNGEN

VON

Marzell
DR. MARZELL CHLAMTACZ

UNIVERSITÄTS-PROFESSOR ZU LEMBERG

Rudolf Lechner

VERLAG VON RUDOLF LECHNER & SOHN

✻ ✻ ✻ ✻ IN WIEN 1916 ✻ ✻ ✻ ✻

Doc. Dr. Karol Koranyi
Lwów, ul. Sykstuska 17.

Prof. Dr. Marzell Chlamtacz
Warszawa

LEMBERGS

POLITISCHE PHYSIOGNOMIE WÄHREND DER RUSSISCHEN INVASION

(3/IX 1914 — 22/VI 1915)

ERINNERUNGEN UND BETRACHTUNGEN

VON

DR. MARZELL CHLAMTACZ
UNIVERSITÄTS-PROFESSOR ZU LEMBERG



VERLAG VON RUDOLF LECHNER & SOHN
* * * * * IN WIEN 1916 * * * * *

Alle Rechte vorbehalten.

399160



K 1141/69

INHALTSVERZEICHNIS.

	Seite
I. Einleitung	5
II. Charakteristik der Pressorgane.	8
III. Politische Konsolidation der galizischen Polen	13
IV. Die Zeit von der Evakuierung bis zur Be- setzung Lembergs.	21
V. „Słowo Polskie“ und national-demokratische (allpolnische) Partei.	27
VI. Die periodischen Konferenzen bei Rutowski.	31
VII. Der Einzug der russischen Heere am 3. Sep- tember 1914	33
VIII. Frontwechsel des „Słowo Polskie“.	37
IX. Das Manifest des Grossfürsten Nicolai - Ni- colajewitsch	40
X. Das Regierungsprogramm des Grafen Bo- brińskij in Galizien	43
XI. Oktoberbesuch der polnischen Politiker aus Russland	47
XII. Misslungene Versuche Dr. Grabski's	55
XIII. Der Aufruf gegen die Legionen	58
XIV. Das Ideal der Vereinigung Polens	63
XV. Die Lemberger Urteile über russische Kriegs- chancen	66
XVI. Russische Regierungsmassnahmen in Galizien	74
a) Unterrichtswesen	75
aa) Lemberger Universität	77
b) Grundbesitz	81
c) Russifizierung Lembergs	81
d) Administrative Banition des höheren Klerus.	82

	Seite
XVII. Die Stimmung in Lemberg nach dem Fall von Przemyśl	84
XVIII. Das russische Geld. — Die österreichischen Kranken und Gefangenen in Lemberg . . .	88
XIX. Das Abflauen des Einflusses des „Słowo Polskie“	91
XX. Die russischen Tschinovniks in Lemberg . .	91
XXI. Die politische Richtlinie Russisch-Polens . .	101
XXII. Urteile der russischen Regierungskreise über die politische Gesinnung der Polen in Galizien.	103
XXIII. Beamtengehaltsfrage während der Invasion	108
XXIV. Die letzten Tage	115
XXV. Schlussbemerkungen	119

ANHANG.

XXVI. Meine Begrüßungsreden aus Anlass des Besuches der hohen Würdenträger	123
1. Die Begrüßung des Kommandanten der II. Armee, Sr. Exzell. General der Kavallerie Eduard R. v. Böhm-Ermolli beim Einzug in die Stadt am 22. Juni 1915	123
2. Die Begrüßung Sr. Exzell. des General-Feldmarschalls v. Mackensen aus Anlass seines Aufenthaltes in Lemberg am 23. Juni 1915 .	125
3. Die Begrüßung Seiner Kaiserlichen Hoheit des Armeekommandanten Erzherzog Friedrich aus Anlass des Empfanges im Lemberger Rathaussaale am 24. Juni 1915 . .	125
4. Die Abschiedsrede an den Kommandanten der II. Armee, Seine Exz. General der Kavallerie R. v. Böhm-Ermolli	127

I.

Einleitung.

Dem Briefe eines Offiziers, der an dem Einzuge der siegreichen Heere in unsere Stadt am 22. Juni 1915 teilgenommen hat, entnimmt die Österreichische Illustrierte Zeitung vom 15. August l. J. folgende Worte, die ich auszugsweise zitiere: „Ja! das war aber auch ein Einzug! So etwas habe ich noch nie gesehen und werde es wahrscheinlich auch nicht mehr sehen... Es war ein Jubel grenzenlos... Und der Jubel war wirklich echt, den Leuten rannen die Tränen über die Augen... Dieser grosse Jubel dauerte natürlich bis spät nachts noch an und es war gewiss in Lemberg noch nie ein solches Leben als an diesem Tage...“; und ein General der siegreichen zweiten Armee schildert den Einzug in das befreite Lemberg mit folgenden Worten: „Der Einzug in Lemberg hatte eine hinreissende historische Macht. Der Enthusiasmus der Bevölkerung war über alles Mass. Es ist dies ein Ereignis im Leben, das schwer zu schildern ist“. (N. Wiener Journal von 23. Juni l. J.).

Diese spontane, von Niemandem vorbereitete Begeisterung, die mit Blitzesschnelle an Stelle tiefster Bedrängnis und Beklommenheit getreten ist,—hielt doch noch vormittags an demselben denkwürdigen Tage die russische Feldgendarmerie auf den Strassen Lembergs Wache, — musste einen tiefen politischen Untergrund haben, der in der grenzenlosen Hingebung und Treue an die Monarchie liegt. Das haben die scharfen Augen unserer ruhmreichen Krieger beim Einzug in die Stadt sofort wahrgenommen und offen bekannt. „Und der Jubel war wirklich echt“... Daraus folgt, dass trotz monatelanger Trennung von der österr. Monarchie der politische Wert der Verbindung mit ihr in den Gemütern der Lemberger Einwohnerschaft sehr hoch stehen musste, das die russischen Liebeswerbungen wirkungslos geblieben waren, dass die russische Knute und der Druck des russischen Tschinovniks der bewährten Treue und Loyalität der Bürgerschaft Lembergs keinen Abbruch zu tun vermochten und dass die staats-treue Gesinnung der Bevölkerung über allen Zweifel erhaben war. Alle diese und viele andere Tatsachen und Umstände mussten während der Invasion vorhanden sein und müssen auch heute vorausgesetzt werden, wenn das Urteil der oben angerufenen klassischen Zeugen als zutreffend befunden werden soll. Ihr Urteil ist auch deshalb richtig, weil es auf richtigen Voraussetzungen beruht.

Alles, was ich unten anzuführen gedenke, möge zum Beweise dienen, dass jener „echte Jubel“ am 22. Juni l. J. eine imposante Kundgebung dessen war, was die ganze so hart geprüfte

Bevölkerung Lembergs während der Invasion in ihrem Herzen empfunden hat.

Anders konnte es auch nicht sein, denn jeder Pole weiss, dass sein Land das Christentum aus dem Westen empfangen hat, dass es jahrhundertlang die Kultur des Westens in sich aufgenommen hat und dass das hundertfünfzigjährige Märtyrium seiner Heimat zum grossen Teil ein Werk moskovitischer Staatskunst ist. Dieses Bewusstsein ist aber stärker als politische „Raison“ und keine Kraft vermag es aus der Seele eines Polen auszumerzen. Wer daher „politische Raison“ von politischer Anhänglichkeit, Hingebung und Sympathie zu unterscheiden versteht, wird die Bezeichnung „polnischer Russophilismus“ sogar in Ansehung derjenigen Polen, die des Russophilismus mit mehr oder weniger Recht bezichtigt werden können, nur im uneigentlichen Sinne auffassen können.



II.

Charakteristik der Pressorgane.

Die Nachrichten, welche über die politischen Zustände in Lemberg und über die politische Haltung der Bevölkerung in die westlichen Provinzen der Monarchie während der Invasion gelangt sind, bilden in ihrer Gesamtheit kein genügendes Material, das die politische Physiognomie der Stadt in richtigem Lichte erscheinen liesse. Denn die Nachrichten waren dürftig und stammten aus zufällig nach dem Westen geschmuggelten Zeitungen, oder beruhten auf hie und da gefallenen Aeusserungen dieser oder jener Persönlichkeit, welche von der besetzten Stadt nach dem Westen (grösstenteils nach Wien) zu gelangen vermocht hatte.

Nachdem am denkwürdigen Tage des 22. Juni l. J. Lemberg zurückerobert war, hat man die Verbindung mit der Monarchie wieder gewonnen; reichlich sind Schilderungen über die Zustände zur Zeit der Invasion erschienen. Aber wenn man sie nach ihrem Gehalt prüft, so erscheinen

sie doch entweder zu lückenhaft oder gar zu tendenziös und erschweren daher die wahre, richtige, vorurteillose Erfassung der politischen Physiognomie der Stadt. Ich muss leider feststellen, dass man zwar über dieses oder jenes Ereignis gut und richtig informiert ist, es aber vermeidet und zwar aus ganz nebensächlichen Gründen der persönlichen Abneigung gegen diese oder jene Person, Gesellschaftsklasse oder Partei, diese Begebenheiten der Oeffentlichkeit mitzuteilen. Andererseits haben sich die bisherigen Schilderungen mehr mit der äusseren Seite des Lemberger Lebens zur Zeit der Invasion befasst und man versäumte in den inneren Seelenzustand der Bevölkerung hineinzudringen.

Es braucht nicht des Näheren ausgeführt zu werden, dass die Presse zur Kriegszeit nur sehr schwach die politische Stimmung widerspiegeln kann. Keineswegs darf man aber die Journalistik als verlässliche Quelle in den vom Feinde okkupierten Landesteilen erachten; sie steht ja vollkommen unter der fremden Gewalt, sie darf nicht der Wiederhall der politischen Stimmung des Volkes sein, sie ist und muss bis zu einem gewissen Grade das Sprachrohr des fremden Censors sein.

Diese Behauptung will ich an dem Beispiel der Lemberger Presse erweisen, wobei ich über die wahren politischen Tendenzen der einzelnen Lemberger Zeitungen auf Grund der mir bekannten Zustände einige Worte hinzufügen will.

Wie sonst herrschte auch in dem Lemberger Zeitungswesen am Anfang der russischen Invasion ein Chaos. Viele Redakteure waren nach dem Westen verweist. Den strengen Anforderungen der

russischen Censoren mussten sich sämtliche Zeitungen fügen, wollten sie und ihre Redakteure nicht zum Gegenstand strenger Repressivmassregeln des Okkupanten werden. Der russische Censor wirkte nicht nur präventiv, er gab auch positive Weisungen, liess insbesondere die Redakteure gewisse Vorgänge unter dem von ihm gewünschten Gesichtspunkte beleuchten. Dass unter solchen Umständen die Presse auf die weniger aufgeklärte Masse geradezu demoralisierend wirken kann, liegt auf der Hand, dass dies aber in Lemberg nicht der Fall war und dass im Gegenteil die Presse über die politische Seele des Publikums keine Macht zu gewinnen vermochte, findet seinen Grund in der hoch entwickelten politischen Schulung des Lemberger Volkes. Der unvermittelte Tendenzumschwung der Zeitungen musste dem Publikum bedenklich erscheinen.

Die populäre Zeitung „Wiek Nowy“ (das Neue Zeitalter) brachte wiederholt einen russophilen Aufsatz; die Veröffentlichung fand jedoch in der Seele des Lesers keinen Widerhall, da allgemein bekannt war, dass diese Zeitung während ihrer langjährigen Existenz so scharf wie nur möglich Russland bekämpft hatte. Viel hing naturgemäss von der Geschicklichkeit der Redakteure ab.

Das demokratische Organ „Gazeta Wieczorna“ (Abendzeitung) verstand es seine ausgesprochen österreichische Gesinnung zwischen den Zeilen durchblicken zu lassen. Von dem ausgiebig aus dem Osten fliessenden, einseitig-tendenziösen Material brachte dieses Blatt mit Vorliebe dasjenige, was die russischen militärischen und politischen Chancen in nicht besonderem Lichte erscheinen

liess und schützte sich durch genaue Angabe der Quelle vor der Misshandlung der Censur. Kein Wunder daher, dass die „Gazeta Wieczorna“ sich beim Censor keiner besonderen Gunst erfreute.

Über die „Gazeta Narodowa“ (National-Zeitung) weiss ich nur sehr wenig zu berichten. Eine Zeitlang nach der Besetzung Lembergs erschien sie überhaupt nicht; erst Mitte Jänner 1915 wurde sie wiederum ins Leben gerufen. Sie galt vor dem Kriege als Organ des podolisch-konservativen landtäglichen Klubs „Centrum“. Wer sie während der Invasion geleitet hat, ist mir nicht bekannt geworden; ich weiss nur soviel, dass eine hochstehende Persönlichkeit aus dem Lager der podolischen Gutsbesitzer die politische Tendenz des Blattes nicht billigte und jedwede Beziehung zu ihm leugnete. Man war in Lemberg allgemein geneigt, das Blatt bezüglich seiner politischen Tendenz als Schleppträger des „Słowo Polskie“ zu erachten. Der Leserkreis dieses Blattes war ungemein eng; durch einen Artikel über den Ausbruch des Krieges mit Italien versetzte es eines schönen Tages das Publikum in helle Aufregung, denn Italien wurde in Lemberg wegen seines unerhörten Treubruchs ebenso gebrandmarkt wie anderswo. Kurz vor der Wiedereroberung Lembergs hat das Blatt freiwillig zu erscheinen aufgehört.

Das Blatt „Kuryer Lwowski“ (Lemberger Kurier) unter der Leitung des bewährten Redakteurs Herrn Wyśtouch, eines ausgezeichneten Kenners der russischen Zustände, versuchte nicht ohne Erfolg von allem Anfang an sich gegen den unerträglichen Druck der Censur zu wehren.

Diese Zeitung verstand es sehr oft durch selbständige Artikel und gewandt ausgewählte Notizen der auswärtigen polnischen und russischen Zeitungen den Glauben an den Ernst der russischen Versprechungen nicht aufkommen zu lassen und gab oft zu verstehen, dass eine gedeihliche Lösung der polnischen Frage nicht in Anlehnung an Russland möglich sei, da die polnische Frage als ein eminent europäisches Problem aufzufassen sei, dessen Lösung nicht von Russland allein, auch abgesehen von dem endgiltigen Resultat des grossen Krieges, abhängen könne. Manchesmal gelang es dem Blatte trotz der scharfen Augen des Censors gegen die russo-philien Tendenzen polemisch aufzutreten.



III.

Politische Konsolidation der galizischen Polen.

Diese russophile Tendenz herrschte bekanntlich im „Słowo Polskie“ (Polnisches Wort).

Bevor ich über die politische Richtschnur dieses Blattes des Näheren spreche, muss ich einige Tatsachen aus der Zeit unmittelbar vor der Invasion vorausschicken.

Bekanntlich haben sich in Krakau am 16. August 1914 sämtliche polnische Parteien zusammengeschlossen, sich zugleich in einem Aufrufe unbedingt an die Seite der Monarchie gestellt und ihre treu-loyale Anhänglichkeit an Kaiser und Reich durch die im grossen Stile gedachte Schöpfung der Legionen bekräftigt. Der Parteihader und die politischen Gegensätze sollten für die nächste Zukunft aufhören; die Parteileitungen verzichteten bis auf Weiteres auf jede selbständige Politik und die beiden bis dahin gegnerischen Organisationen: die fortschrittliche „Zeitweilige Kommission der Unabhängigkeitsparteien“ und die ge-

mässige konservativ - podolisch - national - demokratische Organisation des Central-Komitées verbanden sich zum einheitlichen, für die polnische Politik ausschlaggebenden „Obersten National-Komitée“. Parallel hiemit und fast gleichzeitig wurde neben dem bereits bestehenden Komitée für die west-galizische Legion ein ebensolches Komitée für die ost-galizische Legion mit dem Sitze in Lemberg konstituiert. Das Werk der so glänzend (es schien wenigstens so) durchgeführten Konsolidation der ganzen polnischen Nation in Galizien, wurde allseits, und ich muss betonen, auch in weiten Kreisen der galizischen Nationaldemokraten (Allpolen) mit grosser Genugtuung aufgenommen. Die in der zweiten Hälfte des August 1914 ins Werk gesetzten Vorbereitungen zur Bildung der ost-galizischen Legion haben in den weitesten Schichten der Bevölkerung grosse Förderung gefunden.

Die Krakauer Beschlüsse sind besonders in Lemberg mit grossem Enthusiasmus aufgenommen worden; sie waren eine reife Frucht der in Lemberg bereits früher vorbereiteten Konsolidierung; so entsinne ich mich einer Versammlung, an der die angesehensten Bürger Lembergs zu Anfang August 1914 teilnahmen.

Die prinzipielle Frage der Bildung der Legionen wurde von Niemandem aufgeworfen, alle waren darin einig, dass Legionen ins Leben zu rufen seien. Viele Redner verschiedener Parteilgruppen betonten die Notwendigkeit einer Vereinigung der zwei bisher getrennt handelnden Organisationen.

Die Erklärung Seiner Exzellenz Dr. Głabiński's, dass die diesbezüglichen Verhandlungen im

Zuge seien und ihr günstiger Abschluss bevorstehe, wurde mit grossem Beifall aufgenommen. Auch ich habe mich damals dahin ausgesprochen, dass wir, da in der Hauptsache volles Einverständnis besteht, ohne Zeitverlust trotz zeitweiligen Bestehens zweier Organisationen, uns unverzüglich zum Zwecke der Ansammlung der nötigen Fonds organisieren sollten. Obgleich damals das Oberste National-Komitee noch nicht bestand, einigten wir uns dahin, dass die betreffenden Fonds nicht nur an die ost-galizische, sondern gleichmässig auch an die west-galizische Legion verteilt werden sollten.

Auf Antrag des Professors von Milewski haben wir zur Ansammlung der Fonds für die Legionen eine Steuer nach Art der österreichischen Personaleinkommensteuer votiert. Zur Einziehung der Steuer meldeten sich zahlreiche Personen und in den Räumen der galizischen Landesbank wurde eine Centralsammelkasse eingerichtet. Die Beiträge in Geld und Wertgegenständen flossen sehr reichlich. Der ganze technische Apparat der in Lemberg gut organisierten national-demokratischen Partei wurde dem Komitee für die ost-galizische Legion zur Verfügung gestellt. Die national-demokratischen Parteiorgane, die jüngeren Parteigenossen und der zahlreiche Anhang national-demokratischer Frauen leisteten mit Blitzesschnelle ein grosses Stück Arbeit, nicht nur in Lemberg selbst, sondern auch in seiner ziemlich weiten Peripherie. Die Anwerbung der Legionäre ging sehr rasch von statten, ihre Zahl stieg rapid von Tag zu Tag, von Stunde zu Stunde. Es kamen nach Lemberg zahlreiche Fuhren mit allerlei Proviant,

Kleidung und dgl. Von Politik war nichts zu hören; jeder war bestrebt dem gemeinsamen Ziel seinerseits ein Opfer zu bringen. Es war geradezu rührend zu sehen, wie einfache Frauen ihre goldenen Trauingsringe gegen fast wertlose eiserne Ringe in den Sammelstellen umtauschten.

Es darf allerdings nicht geleugnet werden, dass bereits früher und auch beim Kriegsausbruch mancherlei Bedenken gegen die Legionen hie und da aufgetaucht sind; in dem Momente aber der mühsam hergestellten Konsolidierung sämtlicher Parteien verstummten die gegnerischen Stimmen, sie wagten es nicht in die allgemeine Begeisterung einen Misston hineinzutragen. Jedenfalls darf behauptet werden, dass die Gegner, wenn es damals solche gab, ihren Widerspruch auf einen anderen Zeitpunkt verschoben.

Das „Słowo Polskie“, dessen sämtliche Redakteure an Ort und Stelle blieben, stellte sich in einem Leitartikel vom 7. August 1914 (Nr. 344), also gleich nach der Kriegserklärung vorbehaltlos auf die Seite der Monarchie, indem es schrieb: „Hundert Jahre hindurch haben wir seitens Moskau's unaussprechliche Verfolgungen gelitten, so dass es manchmal schien, als wären wir ein Volk, das auf dem Kreuzwege des Märtyriums Europa zu erlösen berufen sei“.

„Wir melden uns zu den Fahnen des uns freundlich gesinnten Staates als Menschen, die in ihrer Seele eine grosse Freiheitsidee tragen. Spontan rufen wir alle ausserhalb der Armee Stehenden zur Mitwirkung an der Seite der Monarchie auf, wir kargen nicht mit unserer Jugend“.

„In dem gegenwärtigem Augenblicke steht

der Einheit der ganzen Nation kein Hindernis entgegen... die polnischen Scharen sind einig in der Parole: Auf! gegen Moskau zum Kampfe an der Seite der Armeen dieser Monarchie, der wir vieles zu verdanken haben, mit der wir das gute und das böse Schicksal in diesem Kampfe teilen“.

Dieser Leitartikel war im besten Einklang mit dem in derselben Nummer veröffentlichten Zirkular des Präsidiums der national-demokratischen Partei, worin den im ganzen Lande zerstreuten Lokalorganisationen der Partei angekündigt wurde, dass die Partei sich unbedingt den Weisungen des Centralkomitées (das später im Obersten National-Komitée aufgegangen ist) als einer in nationalen Angelegenheiten höchsten Instanz unterwerfe und sämtliche Parteigenossen und Anhänger der Partei vom vollendeten 17. bis zum 45. Lebensjahre, welche die von der Militärbehörde verlautbarte Mobilisierungskundmachung nicht umfasse, zum unverzüglichen Eintritt in die polnischen Schützenfreischaren auffodere.

Eine Woche früher am 28. Juli 1914 (Nr. 325) hatte das „Słowo Polskie“ in Vorahnung des drohenden Weltkrieges in einem Leitartikel zur Einigkeit und starker Konsolidation, zur Schaffung einer Idee und eines Willens aufgefordert.

Zur Kennzeichnung des unvermittelten Ideenumschwunges des „Słowo Polskie“ nach der russischen Invasion, diene auch der von der Redaktion veröffentlichte, von der national-demokratischen Parteileitung mitunterzeichnete Aufruf vom 5. August 1914.

In diesem Aufruf wird mit den stärksten Ausdrücken für den Anschluss an Oesterreich plai-



diert. Es wird dort ausgeführt, dass es als Gebot der polnischen Ehre erscheine, weder Blut noch Hab und Gut zum Schutze der Monarchie zu sparen, der wir Polen in Friedenszeiten so viel zu verdanken hatten. Zugleich wird in dem Aufrufe unter gewissen Modalitäten eine Fühlungnahme mit anderen polnischen Provinzen ausserhalb der österreichischen Staatsgrenzen zwecks Mitwirkung auf Seite Oesterreichs in Aussicht gestellt, um diesem Staate noch mehr zu leisten, als es jedem österreichischen Bürger polnischer Zunge seine Staatsangehörigkeit zur Pflicht mache.

Die politischen Verbände, die sich in dem Central-Komitée vereinigt haben, betonen am Schlusse des oben erwähnten Aufrufs, dass sie der grossen Verantwortlichkeit, die auf ihnen lastet, sich vollkommen bewusst seien, dass sie aber diese von dem Gang der Geschichte geforderte Verantwortlichkeit auf sich nähmen. Das Nähere über die Schaffung eines nationalen Kriegsschatzes enthielt der Aufruf des Central-Komitées (*Słowo Polskie* vom 13. August 1914 Nr. 354), worin nochmals betont wird, dass im Kriege nur die Waffentat ausschlaggebend sei, dass für diese Monarchie, die allein den Polen nationale Freiheiten gewährt habe, auch die zahlreichen freiwilligen Streitkräfte kämpfen würden.

Charakteristisch für die Zeit vor der Invasion, ist der in den Nummern 353 und 355 des „*Słowo Polskie*“ veröffentlichte gediegene Leitartikel gegen die russische panslawistisch-nationalistische Strömung, worin des Näheren ausgeführt wird, dass diese Strömung in der Praxis das Ziel der Unterjochung der anderen slavischen Stämme

verfolge, dass die an panslavistischer Grundlage vorausgesetzte Aussöhnung der Polen mit der russischen Regierung eine Illusion sei, da der russische Nationalismus neuen Datums von der Idee der Ausbeutung der nichtrussischen slavischen Elemente durchdrungen sei, was durch zahlreiche Beispiele der russischen Politik in Russisch-Polen illustriert wird.

In einem Aufsatz vom 17. August 1914 (Nr. 362) wird im überschwänglichen Stile der Begeisterung und Genugtuung Ausdruck gegeben aus Anlass der am 16. August 1914, stattgefundenen Bildung des Obersten National-Komitées in Krakau. „Es ist endlich geschehen, was wir wünschten und wozu wir aufgefordert haben (nämlich die Verschmelzung sämtlicher Parteien im O. N. Komitée)... In der polnischen Politik ist in Zielen und Methoden Einigkeit eingetreten... Das Zustandekommen des Obersten National-Komitées ist ein historisches Ereignis in der Geschichte der unter österreichischem Scepter lebenden Polen“. Die so organisierte Nation kann nach dem Bekenntniss des Artikels ruhig der Zukunft entgegensehen, womit angedeutet wird, dass für alle Fälle die politische Richtschnur des O. N. Komitées für galizische Polen massgebend sei und sein werde. Sodann wird in dem Artikel des „Słowo Polskie“ das bekannte Krakauer Manifest der reichsrätlichen und landtäglichen Abgeordneten vom 16. August auszugsweise angeführt. (Vollinhaltlich ist das Manifest in der vorigen Nummer 361 veröffentlicht worden).

Noch am 19. August 1914, also bereits zur Zeit des fortschreitenden Rückzuges der österreichi-

schen Armee, den jeder nüchterne Beobachter merken musste, veröffentlichte „Słowo Polskie“ (Nr. 366) einen leidenschaftlichen Artikel gegen Russland, der in seinem wesentlichen Inhalt darauf hinweist, dass Russland, dessen Organismus verfault sei, infolge seiner mongolischen Despotie, seiner Trägheit und Heuchelei dem sicheren Niedergange nahe sei. Die anderen slavischen Stämme werden vor der russischen Liebeswerbung gewarnt, da sie im Zeitalter der Eisenbahnen und Telegraphen doch eingesehen haben müssten, wie unmenschlich und barbarisch Polen von Russland behandelt worden sei. Nunmehr hätten sich auch die anderen slavischen Stämme überzeugt, dass sie verloren wären, falls Russland siege und sie in seine Klauen fasse „...Bald wird die gerechte Vergeltung kommen für diese Millionen Polen, die nach Sibirien verschickt worden sind, mit der Knute gepeitscht in Elend und moskovitischer Unterdrückung ihr Leben gefristet haben“.



IV.

Die Zeit von der Evakuierung bis zur Besetzung Lembergs.

Nun muss ich mich, um das Verständniss dessen, was nach der Invasion geschehen ist, zu ermöglichen, kurz bei den Tagen aufhalten, die eine Scheidegrenze bilden zwischen der Evakuierung Lembergs und dessen Einnahme durch die Russen. Es sind dies $3\frac{1}{2}$ Tage, von Montag, dem 31. August an bis Donnerstag vormittags den 3. September 1914. — Wahre Schreckenstage.

Bereits am Montag war es vorauszusehen, dass die österreichischen Truppen Lemberg zeitweilig verlassen würden. Staatsämter und Behörden, nachher auch partieweise die Truppen zogen sich allmählich nach dem Westen zurück. Eine Panik sondergleichen bemächtigte sich des Publikums, keine Ueberredungskunst war im Stande Jemanden zu überzeugen, dass es sich um einen zeitweiligen, einige Tage währenden Rückzug handle. Und doch hat es sich bald nach der Aufgabe Lembergs herausgestellt, dass wirklich nur ein

momentanes Verlassen der Stadt beabsichtigt war. Wir in Lemberg waren doch Zeugen einer fast eine Woche dauernden Schlacht bei Gródek (unweit von Lemberg), in der die Russen nach ihrem eigenen Geständniss immense Verluste erlitten haben. Viele russische Offiziere, denen natürlich die allgemeine Situation an der ganzen Front damals nicht bekannt war, die nämlich nicht wussten, dass die gleichzeitig gegen Lublin vordringenden österreichischen Truppen sich in schwerer Bedrängnis befanden, gaben ganz unverhohlen ihrer Verwunderung Ausdruck, warum die Oesterreicher nicht Lemberg wiederum zu besetzen versuchten, da, wie es auch jeder in der Stadt beobachten konnte, die russische Heeresleitung den Rückzug nach der östlichen Peripherie von Lemberg angeordnet hatte.

Trotzdem die städtischen Organe mit dem Präsidium und den an Ort und Stelle gebliebenen Gemeinderäten viele zweckentsprechende Anordnungen zur Sicherheit der Bewohner getroffen hatten, liess sich die seit Montag andauernde Panik nicht meistern. Ich muss feststellen, dass Männer, die in der Stadt eine führende Rolle hatten, denen ihre soziale Stellung, ihr Amt oder ihre Würde, ihr Ansehen das Verbleiben in der Stadt in der kritischen Lage gebieterisch zur Pflicht machten, unter denen so mancher sich vorfand, der noch tagsvorher angeblich aus innerster Ueberzeugung die Fluchtversuche anderer zu besänftigen wusste, am anderen Tage nicht mehr zu sehen waren. Von der allgemeinen Panik wie von einer Krankheit befallen, stürmten grosse Menschengruppen zu Fuss, oder im Wagen nach dem

Bahnhof oder nach den westlichen Stadtgrenzen. Die einfache und doch gewiss richtige Lebensregel, dass man die heimische Scholle, sein Hab und Gut bei herannahender Gefahr nicht unbekümmert um jede Eventualität verlassen darf, blieb einfach unbeachtet. Tausende hielten die freiwillige Verbannung in diesem Momente für ein Glück, eine Erlösung.

Wer ist denn zurückgeblieben? Vor allem das arme Volk ohne Unterschied der Konfession, die politisch farblose Masse, die ständig in Lemberg angesessen und grösstenteils ganz mittellos an ein zeitlich unbestimmtes Fernbleiben von ihrem ständigen Aufenthaltsorte nicht denken konnte. Von der Intelligenz blieben vor allem viele Beamte, für welche Lemberg schon ein Asyl war, denn sie waren hierher aus den östlichen, bereits früher von den Russen besetzten Bezirken geflüchtet; sie hofften hier ihren Gehalt zu bekommen; zur Weiterreise fehlten ihnen die Mittel. Ansehnlich genug war auch die Zahl derer, die ungeachtet der grössten Anstrengungen nicht im Stande waren einen Platz im Eisenbahnzuge zu erobern, denn am Perron herrschten ungewohnte Menschenstauungen, die Züge vermochten nicht alle zu fassen, die mitfahren wollten. Nach längerem fruchtlosen Warten kehrten sie in die Stadt zurück. Die Zahl derjenigen, welche in Lemberg ausharrten auf Grund reiflicher Ueberlegung und aus Ueberzeugung, dass es Bürgerpflicht sei, in solchem Moment die Stadt nicht zu verlassen, dürfte meiner Ansicht nach nicht hoch anzuschlagen sein; natürlich ohne von dem kleinen Häuflein derjenigen zu reden, welche im Stillen

den Einzug „der Erlöser“ herbeisehnten und bereit waren die österreichische Fahne gegen die russische einzutauschen.

Heute nachdem alles vorüber ist, ist man geneigt, denjenigen, die überhaupt geblieben sind, dies als ein Verdienst anzurechnen. Diesbezüglich möchte ich hinzufügen, dass insbesondere denjenigen eine Anerkennung gebührt, welche während der Invasion irgendwie nach aussen hin hervortraten und ihren antirussischen Standpunkt zu betonen wagten, sich also nicht hinter eine gewisse bequeme Neutralität verschanzten und dadurch auf die weniger aufgeklärte und eingeschüchterte Masse vorteilhaft einwirkten.

Jedoch die unverhältnismässig zahlreiche Abwanderung der Lemberger Intelligenz gerade vor dem bevorstehenden Einzug der Russen, lässt sich keineswegs ausschliesslich auf Rücksichten der persönlichen Sicherheit und dergleichen individuelle Beweggründe zurückführen; sie muss einen tieferen, allgemeinen Untergrund gehabt haben.

Meines Erachtens musste es zu dieser Massenflucht kommen, da sie letzten Endes eine Folge des gewaltigten Zwiespaltes ist, der die westeuropäische Weltanschauung von der ost-europäischen trennt. Die Vertreter der ersteren wollten keinen Augenblick mit dieser ihr stockfremden Weltanschauung, deren Grundpfeiler die Despotie und Orthodoxie sind, in Berührung kommen. Unter diesen Umständen war jede politische „Raison“ machtlos. Instinktiv kehrten Träger westeuropäischer Kultur und Gesittung den Russen den Rücken. Hat doch Polen seit der Annahme des

Christentums nach Westeuropa gravitiert, von ihm während seiner politischen Selbständigkeit die russische Gefahr abgewendet und ist auch heutzutage wegen seiner geographischen Lage dazu berufen, als Bollwerk gegen Russland zu dienen.

Man beachte, dass es Polen waren, die vor den Russen die Flucht aus Lemberg ergriffen. Ungeachtet der hie und da versuchten Aussöhnung mit Russland, hat die Jahrzehnte andauernde brutale Verfolgung der polnischen Nation das Gefühl der Abneigung gegen das Russentum genährt und befestigt. Das polnische Märtyrium nach dem Aufstande 1863, Sibirien, Warschauer Zitadelle, Rücksichtslosigkeiten des Regimes Plehve und Stolytin, ferner die polnische Literatur und Kunst, die als ihr ständiges Motiv den Gegensatz zum Russentum betonte, — dies waren die eigentlichen Triebkräfte, welche die Lemberger Polen nach dem Westen geführt haben. Und ich bin jetzt überzeugt, dass falls sich diejenigen, die im Westen auf Grund unkontrollierbarer Gerüchte Polen, darunter auch Lemberger Polen, des Russophilismus bezichtigt haben, die Geschichte Polens nach seiner Teilung vergegenwärtigt hätten, sich, ihren guten Glauben natürlich vorausgesetzt, gemässigt haben würden.

Das polnische Volk in Galizien ohne Unterschied der Parteiangehörigkeit war das denkbar schlechteste Material zur Empfangnahme russischer Liebeswerbungen.

Die siegesbewussten Russen kamen am 3. September 1914 nach Lemberg unter der Botschaft von dem Wiederrichten Polens, der Vereinigung sämtlicher polnischer Landesteile unter

dem russischen Scepter mit der Ankündigung, dass ganz Russland nunmehr auf freiheitlicher Grundlage regiert werden solle. Die russischen Offiziere in jenen Autos, die mit dem bekannten Manifeste des Grossfürsten-Generallissimus vollgestopft waren, sollten unter die Lemberger Bürgerschaft das in vollendeter literarischer Form verfasste Dokument grossmütig verteilen. In Lemberg angekommen waren sie mit dieser Arbeit sehr rasch fertig. Die wenig gebildete Masse verstand das fein, aber auch vorsichtig redigirte Dokument überhaupt nicht; die kleine Schar der anwesenden Intelligenz las das Manifest mit dem lauten Vorbehalt „Timeo Danaos et dona ferentes“, während die weit überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung ohne auf das Manifest zu warten, Lemberg verlassen hatte. Die Erfahrungen der Geschichte, die Furcht vor dem Drucke des berechtigten russischen Tschinovniks, die moskoviatische Regierungspraxis und ihre Methoden, das war ein mit dem Einzug der Russen in Lemberg zu gewärtigendes lebendiges Manifest, das unsere Intelligenz zum grossen Teil in die Verbannung hinausgetrieben hat.

V.

Słowo Polskie und national-demokratische (allpolnische) Partei.

Die obige Schilderung habe ich absichtlich dem Kapitel (VIII.) über „Słowo Polskie“ vorangestellt, um zu zeigen, dass der Boden, auf dem „Słowo Polskie“ seine im Momente der Besetzung Lembergs von den Russen, neue politische Offenbarung einzupflanzen sich bemühte, dazu vollständig nicht geeignet war.

Es könnte mir entgegengehalten werden, dass doch hinter dem „Słowo Polskie“ eine an Mitgliederzahl starke, gut organisierte Partei stand, die s. g. Allpolen (national-demokratische Partei).

Demgegenüber muss ich feststellen, dass das Blatt von der Partei ganz unabhängig war und nur eine Anlehnung an die Partei suchte, und da die Partei auf die innerpolitischen Angelegenheiten des Landes grossen Einfluss hatte, so folgte das Blatt diesbezüglich dem Diktate der Parteileitung umsomehr als die Hauptredakteure des Blattes aus Russisch-Polen stammten und das kom-

plizierte inner-politische Gefüge des Landes nicht beherrschten. Es gab indessen immer Fragen, in denen das Blatt sogar im Gegensatz zur Parteileitung gestanden ist, z. B. die Judenfrage, in deren Behandlung das „Słowo Polskie“ im Widerspruch mit den Ansichten angesehener Parteigenossen einen extrem antisemitischen Standpunkt eingenommen hat. Diesem Umstand dürfte auch zuzuschreiben sein, dass das Blatt von der fortschrittlichen, so gut polnischen wie deutschen Presse leidenschaftlich bekämpft wurde, dass dieselbe Presse mit dem Blatt die ganze Partei identifizierte. In Oesterreich hat man sich seit altersher gewöhnt jede politische Unternehmung mit und durch ein Blatt anzufangen; wer das Blatt hat, hat — so wird vielfach behauptet — in den Reihen seiner Leser die Partei. Die national-demokratische Partei hat die politische Arbeit, welche mehr politisch-erziehend, weniger politisierend sein sollte, nicht auf ein Blatt gegründet, sondern auf den direkten Verkehr ihrer Organe mit den Parteigenossen. Zu diesem Zwecke diente die Parteiorganisation. Es war eine Partei, die sich mit einer ansehnlichen Mitgliederzahl immer ausweisen konnte; nicht aber eine Partei ohne Anhang, aber mit eigenem Pressorgan.

Der allgemeine Ideenkreis des „Słowo Polskie“ war immer breiter gefasst, als die rein politischen Probleme der Partei, die doch sofern sie eine praktische Politik betreiben wollte, sich auf den österreichischen Boden einschränken musste, wogegen das „Słowo Polskie“ die Nation in ihrer Gesamtheit ins Auge fasste und den Leser über das Schicksal der Polen ausserhalb der Staats-

grenzen zu informieren versuchte. Damit erklären sich manche Beziehungen, die das Blatt mit polnischen Politikern in Russisch-Polen unterhalten hat.

Es dürfte bekannt sein, dass in Russisch-Polen etwa seit dem Jahre 1906, eine Strömung sich geltend machte, deren Vertreter die dortigen National-Demokraten und die Konservativen s. g. Realisten waren, die eine Aussöhnung mit der russischen Regierung zu Stande bringen wollte. Der intellektuelle Führer dieser Richtung Dmowski, im übrigen ein hochbegabter politischer Schriftsteller, hat mit seiner Aussöhnungspolitik nicht einmal in Russisch-Polen viel Glück gehabt; ist es doch nicht lange her, dass er bei den Wahlen in die Duma in Warschau durchgefallen ist. Nichtdestoweniger gelang es ihm und den Realisten beim Kriegsausbruch zu erreichen, dass die Polen in ihrer Mehrheit unter dem Eindruck des bekannten Manifestes des Grossfürsten-Generallissimus wenigstens negativ treuloyal blieben. Sie waren negativ loyal, genau gesagt, sie hielten mit Russland um ihrer Untertanenpflicht willen.

Mit dem Kriegsausbruch, also mit dem Momente, wo seit Besetzung Lembergs die Verständigung mit den Warschauer Politikern möglich war, begannen die Redakteure des „Słowo Polskie“, welche zugleich in der Parteileitung eine, wenn auch nicht ausschlaggebende, Rolle spielten, mit den obgenannten Politikern einen regen Verkehr zu pflegen.

Ich habe oben bereits ausgeführt, wie die Partei und mit ihr das „Słowo Polskie“ die nationale Konsolidation der galizischen Polen befür-

worteten. Nach der Besetzung Lembergs ist die Partei das geblieben, was sie war, — während das „Słowo Polskie“ und etliche National-Demokraten aus der nächsten Umgebung des Blattes sich auf die russische Seite im Sinne der Politiker aus Warschau stellten und in der Partei selbst eine Umwälzung, eine von oben unternommene Revolution unter Verletzung der Parteidisziplin versuchten. Nicht die Partei als solche, welche in Galizien einen mächtigen Anhang hat, ist russophil geworden, sie war es nie; russophil wurden wegen der allzufrühen Besetzung Lembergs einige Zeitungsredakteure und einige ihnen am nächsten stehende National-Demokraten. Dass aber ihre Saat nicht aufging, wird sich unten zeigen. Der Russophilismus blieb eine Ausnahme, welche bei jedem einzelnen nur individuell erklärt werden kann, die Parteizugehörigkeit war kein entscheidendes Merkmal; das Häuflein der Lemberger Russophilen setzte sich aus Elementen zusammen, die verschiedenen Parteien angehörten oder politisch ganz farblos und einflusslos waren; es waren politische Flüchtlinge, welche die nationale Konsolidation in Galizien im Momente der Besetzung Lembergs durchbrachen.



VI.

Die periodischen Konferenzen bei Rutowski.

Bereits am Dienstag den 1. September 1914, mussten wir mit dem bevorstehenden Einzug der Russen in die Stadt rechnen; darauf wies die allgemeine strategische Situation vor Lemberg.

Etwa zehn bis fünfzehn Personen aus dem Kreise der Gemeinderäte vereinigten sich zu einem Komitee unter Zuziehung einiger anderer angesehenen Persönlichkeiten, die ausserhalb des Gemeinderates standen. Das Komitee sollte für den Fall der russischen Invasion über die mit diesem Ereignis zusammenhängenden Angelegenheiten beraten. Dieses Komitee, an dessen Spitze Präsident Rutowski stand, war eine ständige Organisation, welche während der ganzen Dauer der Invasion etwa bis Mitte Mai 1915 periodische Konferenzen grösstenteils beim Präsidenten Rutowski, einigemal beim Grafen Piniński und Grafen Stanislaus Heinrich Badeni abgehalten hat. Der eigentliche Zweck dieser Konferenzen war, Mittel

und Wege zu finden, um das russische Regime nach Möglichkeit durchzuhalten und die dem polnischen Gemeinwesen drohenden zahlreichen Schaden hintanzuhalten. Bei diesen Konferenzen erschienen gelegentlich verschiedene polnische Gäste aus Russisch-Polen und anderen Gebieten des russischen Reiches. Ich werde im folgenden oftmals auf diese Konferenzen zurückkommen.



VII.

Der Einzug der russischen Heere am 3. September 1914.

Am Donnerstag den 3. September 1914, einem wunderschönen sonnigen Tage, geschah, was nicht mehr abzuwenden war.

Bereits am Vormittag durchlief die ganze Stadt die Nachricht, dass der russische Militärzug am Hauptbahnhof angekommen sei.

Der Gemeinderat und sonstige angesehene Bürger waren in Rathause versammelt. — Gegen Mittag erschien im Präsidialbureau ein Stabskapitän der Truppe des Generals Parczewski, der selbst ausserhalb des Żółkiewer Mauthauses stand, mit der Aufforderung, man möge zum General eine Abordnung senden und ihm die Schlüssel der Stadt einhändigen. Die Eskadron, an deren Spitze der Stabskapitän erschienen war, nahm auf dem Ringplatz Stellung. Beinahe gleichzeitig kam ein anderer Offizier an, der Namens des Kommandanten der ganzen gegen Lemberg operierenden Streitmacht die Vertreter der Stadt zum

Erscheinen vor dem General v. Rode bei dem Łyczakower Mauthause aufforderte.

Wir verständigten uns dahin, dass ich und zwei andere Gemeinderäte nach dem Żożkiewer Mautgebäude, das Präsidium aber nach der Łyczakower Zollgrenze sich begeben solle.

Ziemlich weit von dem Żożkiewer Mauthaus stand General Parczewski mit seiner Truppe. Der diensttuende Offizier meldete uns dem General, der in einem Graben mit seinem Stab sass und Karten studierte. Ehe ich noch zu sprechen angefangen hatte, versicherte mich der General, dass er polnisch verstehe. Ich teilte ihm mit, dass die Stadt offen stehe, dass sich die österreichischen Truppen zurückgezogen hätten und in der Stadt vollkommene Ruhe herrsche. Zugleich überreichte ich einen Aufruf des Präsidiums, der die Bevölkerung Lembergs zur Ruhe und korrekter Haltung aufforderte. Der General versicherte, dass die Bevölkerung sich nicht zu beunruhigen brauche und bat dringend, dass Gasthäuser geschlossen bleiben möchten, dass man überhaupt den Soldaten keine geistigen Getränke verabreiche, weder umsonst, noch gegen Entgelt. Das ganze Auftreten des Generals Parczewski, angeblich eines russifizierten Polen, machte auf uns einen vorteilhaften Eindruck. Nebenbei muss ich bemerken, dass ich natürlich polnisch gesprochen habe. Ich hebe dies hervor, weil, wie ich später erfahren habe, in Wien das Gerücht umlief, als ob ich mich der russischen Sprache bedient hätte. Dies war nicht nötig und schliesslich war es auch unmöglich, weil ich der russischen Sprache nicht mächtig bin.

An der Łyczakower Mautgrenze dauerten die

mit dem General v. Rode gepflogenen Konferenzen längere Zeit; es wurden verschiedene Sicherheitsmassregeln für den Einzug der Truppen in die Stadt getroffen, auch wurde die Frage der Geiseln erörtert.

Nun begann unter den Klängen der Musik und ohrenbetäubendem Gesang der Soldaten der Einzug der Truppen in die Stadt.

Im allgemeinen verhielt sich die Bevölkerung würdevoll und korrekt. Die hie und da vielleicht zu weitgehende Zuvorkommenheit des kleinen Mannes den Russen gegenüber ist vor allem als Ausdruck der stillschweigenden Bitte um Gande und Schonung aufzufassen und blieb vereinzelt. Von einem Enthusiasmus der Einwohnerschaft war selbstverständlich keine Rede. Vielmehr war der 3. September 1914, ein nach aussen hin verschleierter Trauertag, was die Russen wohl bemerkten. Waren doch in russischer Armee zahlreiche Polen aus dem benachbarten Wolhynien und Podolien, welche zusammen mit uns die von den Russen geplante Ausrottung des Polentums in Ostgalizien beklagten. Wir Polen in Lemberg wussten sehr wohl, dass wir in Ostgalizien unter russischem Scepter einer nationalen Katastrophe entgegengehen würden, dass uns insbesondere die polnische Stadt Lemberg verloren gehen würde.

Der Monat September verlief in Lemberg in politischer Beziehung ganz farblos. Der Stadtgouverneur Scheremeteff hob vor dem versammelten Gemeinderate in einer Rede hervor, dass unter den obwaltenden Umständen alle Politik ausgeschlossen sein müsse und der Gemeinderat möge sich der Aufgabe widmen, die durch die

Kriegszeit entstandene Not zu lindern. Seinem ganzen Auftreten nach war Oberst Scheremeteff ein taktvoller und humaner Mensch. — Die bürgerlichen Kreise zeigten auch sehr wenig Lust zum Politisieren und hatten trotz Kenntniss des Manifestes des Grossfürsten-Generallissimus keine Neigung den vor der Invasion eingenommenen Standpunkt zu ändern oder seine Voraussetzungen einer Revision zu unterziehen.



VIII.

Frontwechsel des „Słowo Polskie“.

Doch das „Słowo Polskie“?

Der aufmerksame Leser dieses Blattes konnte bereits im ersten Monate der Invasion bemerken, dass die Redaktion sich anschickte andere Wege wie bisher zu gehen.

Vor allem suchte das „Słowo Polskie“ darzutun, dass die galizischen Polen sich der Mehrheit der Nation, die unter Russland lebt, unterzuordnen hätten, und betonte, dass (angeblich) die ganze polnische Nation sich vorbehaltlos für Russland erklärt habe. „Das nationale Ideal der Einheit erfordert von uns, dass wir auf dem Niveau handeln, das uns unsere Stammesbrüder aus demjenigen Teile Polens zeigen, dem wir nach Beseitigung der Grenzpfiler nahe stehen. Wir werden nunmehr versuchen die Lage zu klären, in der sich der polnische Gedanke der unter dem russischen Scepter lebenden nationalen Mehrheit befindet. Es wird unsere Pflicht sein diesen Gedanken auch hierorts zum Gemeingut zu machen, weil er bisher nur in den Gemütern lebte und webte, welche imstande waren die polnische

Frage in ihrer Gesamtheit zu erfassen“, — so schrieb das „Słowo Polskie“ am Tage nach der Besetzung Lembergs, ohne den geringsten Zweifel darüber aufkommen zu lassen, dass es die in Russisch-Polen vorherrschende Richtlinie auch für die galizischen Polen vom Standpunkt des in seiner Gänze zu erfassenden polnischen Problems als zweckdienlich erachtet. — In der Nachmittagsnummer von demselben Tage versuchte das „Słowo Polskie“ anzudeuten, dass zwischen der Loyalität gegenüber Oesterreich und den polnischen Interessen seit Ausbruch des Krieges ein Zwiespalt bestehe und deswegen die fernere Einhaltung der bisherigen Richtlinie nicht gerechtfertigt erscheine. Im übrigen richtet der Artikel seine Spitze gegen Deutschland.

Ausdrückliche Wendungen gegen Oesterreich kommen in diesem ersten Monate im „Słowo Polskie“ nicht vor, einmal wohl deshalb, weil die Kriegslage zur Zeit der erst angefangenen grossen Lemberger Schlacht zur Vorsicht mahnte. Zum andern konnte das „Słowo Polskie“, das noch vor wenigen Tagen im Sinne der Konsolidierung der Nation in Anlehnung an Oesterreich geschrieben hatte, nicht ganz unvermittelt seinem Standpunkt untreu werden. Im übrigen war das „Słowo Polskie“ bestrebt, durch Anhäufung von politischem Material aus den in Russisch-Polen erscheinenden Blättern, gewissermassen den Boden für seinen neuen Kurs vorzubereiten.

Der vom „Słowo Polskie“ angekündigte politische Frontwechsel rief überall in Lemberg den denkbarst schlechtesten Eindruck hervor, wobei ich betonen muss, dass dortige National-Demokraten auch gegen das „Słowo“ Stellung nahmen.

In dem national-demokratischen Klub der Gemeinderäte trat infolge der von mir eingelegten Verwahrung sofort eine Spaltung und nur einige Mitglieder des Klubs, die dem „Słowo“ nahe standen, billigten, wenn auch unter weitgehenden Restriktionen, die Ansichten dieser Zeitung.

Viele angesehenere Persönlichkeiten, die mit der Redaktion bis dahin enge Beziehungen unterhalten hatten, brachen von nun an jeden Verkehr mit ihr ab.

Ich versuchte durch mehrmaliges Eingreifen der vom „Słowo Polskie“ unternommenen Desorientierung der Bevölkerung Einhalt zu tun, indem ich auf die Schädlichkeit dieser Arbeit hinwies. Da jedoch vertrauliche Vorstellungen wenig nützten, wandte ich sodann stärkere Mittel an, die im Zusammenhang mit anderen Vorgängen die vollständige Isolierung des „Słowo Polskie“ zur Folge hatten.

Der neue Kurs, den hier in Lemberg das „Słowo Polskie“ uns aufnötigen wollte, veranlasste die besonnenen und kritischen Elemente zur ständigen Abwehr, zumal die russischen Massnahmen verschiedener Art verglichen mit den Versprechungen Russlands von allem Anfang an sehr misstrauisch stimmten.

Es muss auch unumwunden zugestanden werden, dass uns die russische Regierungsweisheit die Abwehr gegen russophile Strömungen bedeutend erleichtert hat; nur Träumer, Heisssporne konnten oder wollten nicht sehen, dass alle Versprechungen eine Heuchelei waren.

IX.

Das Manifest des Grossfürsten Nicolai-Nicolajewitsch.

Nun einige Worte über das berühmte Manifest des Grossfürsten-Generallissimus.

Will man von seiner stilistisch ausgezeichneten Form absehen und untersucht man seinen positiven Inhalt, so verspricht es eigentlich sehr wenig. Theoretisch genommen, ist das Wertvollste an dem Manifest eben das, was bei einer nüchternen Beurteilung der möglichen Endergebnisse des Krieges sich als reine Phantasie darstellt, nämlich die angesagte Vereinigung sämtlicher Landesteile des ehemaligen Polens als eines einheitlichen Ganzen unter russischer Herrschaft. Sollte es dazu kommen können, müsste von vornherein eine totale Niederlage Oesterreichs und Deutschlands vorausgesetzt werden; es müssten tatsächlich die Russen vor den Toren von Berlin erscheinen, während sie doch gleich beim Kriegsausbruch nicht einmal das Eindringen deutscher Truppen in das Grenzgebiet Russisch-Polens zu verhindern vermochten.

Sonst verspricht das Manifest „die Wiedergeburt Polens, welches in Bezug auf Glaubensbekenntnis, auf Sprache frei sein und eine (nicht näher bestimmte) Autonomie haben soll“. Anhangsweise wird noch das Prinzip der Gleichberechtigung anderer Nationalitäten ausgesprochen, mit denen die Polen zusammenleben: — Da man uns die Vereinigung Polens nur im Bereich der ethnographischen Grenzen versprach, so ist es fast rätselhaft, auf wen die proklamierte politische Gleichberechtigung sich beziehen soll.

Auch das wiederzuerweckende Polen mit eigener Autonomie unter russischem Scepter ist und bleibt ein Rätsel nicht nur für uns, sondern scheint mir, für die obersten Lenker der russischen Politik selbst. Ich muss bekennen, dass ich in der russischen Presse nichts Greifbares über dieses autonome Polen erfahren konnte, und meine Anfragen an die bedeutendsten polnischen Politiker aus Polen sind auch ergebnislos geblieben. — Man tröstete sich immer mit der Parole „Vereinigung der sämtlichen Landesteile Polens“ man sprach von Ostpreussen mit Danzig, von Westpreussen, Posen, Schlesien und Westgalizien. Man erzählte von der Absicht Russlands einen Statthalter zu ernennen, dem ein halb aus Polen, und halb aus Russen zusammengesetzter Beirat beigegeben werden sollte. Auch noch andere Projekte wurden erörtert. Ich will mich damit nicht näher befassen, denn das eine Beispiel reicht wohl aus um zu zeigen, dass man es russischerseits mit dem Manifest nicht ernst gemeint hat. Es war, was es seiner Zweckbestimmung nach auch sein sollte, — ein der Form nach meisterhaft verfasstes Schrift-

stück, das die polnischen Gemüter zu Gunsten der bis dahin verhassten russischen Regierung freundlich stimmen sollte. Dass es teilweise und am Anfang des Krieges sein Ziel erreichte, darf meiner Ansicht nach nicht geleugnet werden. Ohne das Manifest wäre die Mobilisierung in Russisch-Polen nicht glatt vor sich gegangen, wie mich Kenner der dortigen Verhältnisse versichert haben.

Das Manifest wendet sich an sämtliche Polen, an die ganze Nation. Optimisten haben nicht ohne Grund geglaubt, dass angesichts des Manifestes die Polen auch in nicht rein polnischen Gebieten, also z. B. die Polen in Ostgalizien, im polnischen Lemberg, auf eine gewisse Anerkennung ihrer historischen Traditionen, ihrer polnischen kulturellen und wirtschaftlichen Errungenschaften würden rechnen dürfen. Die Idee der in die Welt hinausposaunten Verbrüderung hätte dies gefordert. Dass aber den wahren Intentionen der russischen Machthaber gerade das Gegenteil davon vor Augen schwebte, beweist die beabsichtigte Behandlung der Polen in Ostgalizien und insbesondere in Lemberg.



X.

Das Regierungsprogramm des Grafen Bobrińskij in Galizien.

Ueber den beabsichtigten und teilweise während der Invasion realisierten politischen Kurs in Galizien sind wir am genauesten informiert auf Grund des bekannten Amtsprogramms des General-Gouverneurs von Galizien Grafen Bobrińskij und der während der Invasion getroffenen russischen Massnahmen. Merkwürdigerweise waren die Russen in dieser Hinsicht ganz aufrichtig. Noch während des Krieges haben sie uns Schritt auf Schritt unseren polnischen Besitzstand in diesem Teile Galiziens verkümmert und uns immer mit echt byzantinischer Heuchelei auf das vereinigte Polen vertröstet, obgleich sie von dessen echt polnischen Gebieten immer grössere Stücke an die Deutschen verloren. Wer den ganzen Kriegsschauplatz vor Augen hatte, musste sehen, dass überhaupt die russische Bilanz gegen Ende November 1914 besonders in Polen nur Verluste aufzuweisen hatte.

Ende September begannen die Russen in Galizien Politik zu machen.

Vor den Vertretern der Lemberger Intelligenz und der dortigen Behörden, die nach dem Statthaltereipalais befohlen waren, verkündete der am 17. September 1914, ernannte General-Gouverneur sein Amtsprogramm. Ihrer Form nach war die Ansprache des Grafen Bobrińskij geradezu herausfordernd. Ich glaube kaum, dass diese Rede das eigene Geistesprodukt des Grafen Bobrińskij war, der sich durch gewinnende Umgangsformen und ein konziliantes Wesen auszeichnete. Wie viele andere Ordres, wird auch dieses Programm in Petersburg entstanden sein.

In der Einleitung wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, dass der Graf auf unserer Seite bei seinen künftigen Bestrebungen vollständige und aufrichtige Unterstützung finden werde; doch am Ende der Rede droht er, dass er auf Grund seiner weitgehenden Vollmachten jede Zuwiderhandlung gegen die Anordnungen der ihm unterstellten Behörden mit der ganzen Strenge des Kriegsrechtes und der Standgerichte bestrafen werde. Der eigentliche Zweck der Audienz war angeblich das Bestreben uns „über die Grundprinzipien der künftigen Wirksamkeit des Grafen“ zu informieren.

Mit grausamer Offenheit hat uns der Graf diese Grundprinzipien entwickelt, indem er ausführte: Ostgalizien und die nördlichen Komitate Ungarns bilden von altersher Teile Grossrusslands. Die Bevölkerung dieser Gebiete war immer russisch (!), deshalb muss die Verwaltung dieser Gebiete auf russischen Prinzipien beruhen. Ich werde hier —

sagte der Graf — russische Sprache, russische Gesetze, russische Ordnungen einführen.Ich werde mich einstweilen darauf beschränken, russische Gouverneure, russische Bezirksvorsteher, russische Polizei zu ernennen. Die Organe der städtischen und der Gemeindeverwaltung werden einstweilen zur Erfüllung ihrer Amtspflichten zugelassen.... Der Landtag wird nicht einberufen werden. Die Sitzungen der Bezirksausschüsse, der Stadträte, der Gemeinderäte sind verboten. Sämtliche Vereine, Gesellschaften und Klubs sind geschlossen“...

Diese Verlautbarung überbot alles, was die grössten Skeptiker erwartet hatten. Die Russen haben ja zu ihrer unangenehmen Ueberraschung nicht nur in den Städten sondern auch auf dem Lande in Ostgalizien ein starkes polnisches Element vorgefunden. Auch die Pessimisten glaubten, dass den Polen wenn schon nicht Gleichberechtigung, so doch wenigstens eine gewisse Anerkennung als einer ansehnlichen Kulturwelt und wirtschaftlich einflussreichen Minderheit zu Teil werden würde, dass man sie wenigstens als einen in diesem Teile Galiziens geduldeten Volksteil bezeichnen werde.

Diese zufällig aufrichtige Offenbarung der russischen Absichten hat den Rest der russischen Sympathien falls sie hie und da vorhanden waren, vollständig vernichtet. Das sahen auch die dem Gouverneur am nächsten stehenden Kreise ein, wie die Redakteure des „Słowo Polskie“. Sie versuchten diesen Fehler der russischen Regierungspolitik gut zu machen, natürlich ohne den winzigsten Erfolg. In russischen Zeitungen ist dieses erste hochpolitische Auftreten des Grafen Bobriń-

skij als nicht glücklich bezeichnet worden. Seine brutale Programmrede hat nicht nur die galizischen Polen, auf deren Sympathien die Russen überhaupt nicht rechneten, sondern auch die Polen in Russland enttäuscht und war geeignet ihr Vertrauen in das Manifest des Grossfürsten zu untergraben. Verschiedene Anzeichen deuteten darauf hin, dass auf Weisung aus Petersburg der Fehler korrigiert werden sollte. Die ärgerlich und misstrauisch gewordenen galizischen Polen sollten umgestimmt werden. Aus Warschauer Blättern war zu ersehen, dass das Programm Bobrińskij grosse Beunruhigung im dortigen russophilen Lager hervorgerufen hatte. Man vertröstete uns mit der Hoffnung, dass ein Kompromis zur Lösung der polnischen Frage in Ostgalizien zu Stande kommen werde (Warschauer 2. Heller-Zeitung). Diese Hoffnung, die von der Ohnmacht der Warschauer Politiker gegenüber den russischen Machthabern ein beredtes Zeugnis ablegte, fand bei uns keine Beachtung. Im Gegenteil, es muss festgestellt werden, dass das Häuflein allpolnischer Politiker aus dem Lager des „Słowo Polskie“, welches sich als Doppelgänger der national-demokratischen und konservativen Politiker aus Warschau hier erachtete, von den Lemberger Anhängern und Freunden der National-Demokratie heftig bekämpft wurde.



XI.

Oktoberbesuch der polnischen Politiker aus Russland.

Auf Veranlassung des Gouverneurs kamen im Oktober 1914, zahlreiche russische Duma- und Reichsratsabgeordnete nach Lemberg um sich über die Verwaltung, das Kirchen- und Schulwesen Galiziens mit dem Gouverneur zu beraten.

Gleichzeitig mit ihnen trafen polnische Duma- und Reichstagsabgeordnete ein um mit hiesigen Polen in polnischer Frage Rücksprache zu nehmen und bei dem Gouverneur zu Gunsten der polnischen Interessen in Galizien zu vermitteln. Die Mehrheit der angekommenen Herren gehörte dem Warschauer Nationalkomitée an, welches auf diese Weise die Beziehungen zu den „Vertretern des sozialpolitischen Lebens in Galizien“ anzuknüpfen versuchte. Man wollte den schlechten Eindruck, den die erwähnte Ansprache des General-Gouverneurs bei uns hervorgerufen hatte, möglichst verwischen.

Gleich nach ihrer Ankunft lud uns der Präsident Rutowski zu einer Konferenz ein. Unser Kreis bestand aus den Personen, die das oben erwähnte ständige Comité bildeten. Von auswärtigen polnischen Politikern erschienen sechs Herren.

Aus den einleitenden Bemerkungen ersah ich ganz richtig, dass es sich darum handle, eine Anlehnung der hiesigen Polen an die politische Marschlinie der tonangebenden Politiker aus Russisch-Polen zu bewirken und diesen Umschwung auch äusserlich durch einen Aufruf zu kennzeichnen.

Der Wortführer führte aus, dass das ganze Volk in Russisch-Polen sich für Russland ausgesprochen habe, dass nur Russland das polnische Problem zu lösen im Stande sei, dass auf Oesterreich nicht gerechnet werden könne, da es nur ein Doppelgänger Deutschlands sei und sich in der polnischen Frage weder engagieren wolle noch könne. Schliesslich bemerkte er, dass das politische Nebengeleise, auf dem die galizischen Polen sich bewegten, den Interessen der Gesamtheit der Polen widerstreite und dass die Aufstellung polnischer Legionen die Zurücknahme der im Manifest angesagten Freiheiten herbeizuführen drohe.

Von den hiesigen Polen unterstützte diese Ausführungen Dr. Grabski unter Hinweis darauf, dass die galizischen Polen im Interesse der gesamten Nation Opfer bringen müssten, umso mehr als auf einen für Oesterreich günstigen Ausfall des Krieges nicht zu rechnen sei, da Oesterreich als Militärmacht bereits gebrochen sei, dass schliesslich die Idee des Einschwenkens der

hiesigen Polen in die russisch-polnische Richtung bei der Mehrheit der Polen, insbesondere auch bei den hiesigen National-Demokraten fest eingewurzelt sei.

Die letzten Ausführungen versetzten mich in tiefste Aufregung, da ich mit grösster Ueberraschung wahrnehmen musste, dass Dr. Grabski für seine ganz isolierte Auffassung in Gegenwart der Warschauer Politiker hinter der Mehrheit der Lemberger Bürgerschaft und hinter der Partei Deckung suchte. Dieser Umstand hat mich hauptsächlich dazu bewogen, das ich mich zum Worte meldete und in der heftigsten Weise den neuen Kurs der Politiker aus dem Lager des „Słowo Polskie“ angriff.

Auf Grund genauer Kenntnis der politischen Stimmung der Bevölkerung, die sich nach dem Bekanntwerden des berüchtigten Amtsprogramms des Grafen Bobrińskij mit leidenschaftlicher Abneigung gegen Russland kehrte, konnte ich feststellen, dass die vom „Słowo Polskie“ inaugurierte Politik keinen Widerhall fand, hatten doch viele angesehene Persönlichkeiten voll Entrüstung das „Słowo Polskie“ zu halten aufgehört, so dass die Zahl der Abonnenten des Blattes rapid von Tag zu Tag sank.

Ich unterzog ferner den wesentlichen Inhalt des Manifestes des Grossfürsten einer abfälligen Kritik und betonte, dass es das polnische Idiom nur auf den s. g. geschlossen polnischen Gebieten anerkenne, was für die gemischt-polnischen Gebiete, insbesondere für Galizien und für uns, eine nationale Katastrophe bedeute.

Ferner zeigte ich, dass von dem imperialis-

tisch-nationalistischen, despotisch regierten Russland, wenn es auch siegen sollte, unsere von den nationalen und politischen Freiheiten eingenommenen Stammesbrüder nichts zu erhoffen hätten, weil nicht einen Augenblick anzunehmen sei, dass im Siegesfall der konsolidierte russische Despotismus den Polen jene bürgerlichen Freiheiten gewähren würde, die er den echt russischen Gebieten stets versage.

Die Pflicht zu vorbehaltloser Loyalität gegenüber unserer Monarchie habe ich mit dem größten Nachdruck betont. Diese Loyalität, führte ich aus, ist nicht nur ein Gebot der Treue gegen den Kaiser und das Reich, das uns seit der konstitutionellen Aera die Entwicklung auf nationaler Basis ermöglichte, sondern sie ist auch nötig zur Wahrung des guten Rufes unserer Nation in Europa, das in diesen folgenschweren Zeiten wissen soll, dass die Polen für jeden Staat ein verlässliches, staatserhaltendes Element bilden können.

Den Politikern aus Russland habe ich rundweg erklärt, dass ihr angeblich den Interessen der Gesamtheit der Nation entsprechender Standpunkt im Grunde nur als Anlehnung der russischen Polen an den russischen Staat sich darstelle, dem sie, nach der ganzen Vergangenheit zu schliessen, nichts zu verdanken hätten.

Ferner berief ich mich auf die Stimmen der angesehensten englischen Blätter, welche, wie die Times, obwohl sie für Russland Stimmung machten, voll Anerkennung für die Haltung der galizischen Polen waren. „Mögen einstmal Kenner der Geschichte und der Völkerpsychologie auf die Loyalität der österreichischen Polen gegen

ihren Monarchen blicken und sie als Beweis des in die Augen springenden Wertes der polnischen Freundschaft erachten“.

Die Argumente von der militärischen Schwäche Oesterreichs konnte ich sehr leicht entkräften. Es war eben die Zeit (anfangs Oktober 1914), wo die österreichische Heeresmacht nach den mir damals zugänglichen Quellen sich gerade imposant darstellte; hatten doch die russischen Zeitungen mitgeteilt, dass eine weit über eine halbe Million starke Armee die Linie Sandomierz-Deblin und eine andere gleich grosse Armee die Karpathen besetzt habe.

Hinsichtlich der Legionen beruhigte ich die Herren, indem ich bemerkte, dass wegen der leider so schnellen Besetzung Galiziens um faktischer Hindernisse willen ein Stillstand eintreten müsse; prinzipiell verteidigte ich jedoch die Idee der Legionen und feierte sie als eine werktätige Unterstützung des oesterreichischen Staates zum Danke für die den Polen gewährten Freiheiten. Ich führte aus, dass für die polnischen Politiker in Russland die Legionenidee gegenüber den russischen Machthabern ein wertvolles Argument sei, da sie beweise, dass man den Polen vertrauen könne; denn eben dieselben Herren — fuhr ich fort — haben uns mitgeteilt, dass die massgebenden Kreise in Petersburg gegen die Polen doch Misstrauen hegen und dass viele Minister im Kabinett Goremykins zu den Gegnern des Manifestes des Grossfürsten zählen.

Meine Ausführungen fanden nicht nur keinen Widerspruch, sondern wurden von mehreren Herren unterstützt (Prof. Dembiński, Dr. Stesłowicz,

Präsident Rutowski); ja noch mehr! — Zu meiner grossen Genugtuung billigten unsere Konnationalen aus Russland in ihrer überwiegenden Mehrheit unseren Standpunkt aus verschiedenen Gründen vollständig. Dies betone ich, um zu zeigen, wie übertrieben die in Wien und anderswo verbreitete Nachricht von dem angeblich masslosen Russophilismus der Polen in Russland war. Bei den mehrmaligen Zusammenkünften wiederholte sich immer dasselbe: unsere Stammesbrüder wehrten sich gegen den Verdacht des Russophilismus und gaben zu verstehen, dass ihnen keine andere Politik zur Verfügung steht, als sich kaltblütig für Russland zu erklären.

Ich habe mich bei dieser Konferenz in der Wohnung Rutowski's hauptsächlich deshalb länger aufgehalten, weil ausserhalb Lembergs Gerüchte zirkulierten, als ob das „Słowo Polskie“ oder einige Lemberger National-Demokraten das Ruder der öffentlichen Meinung ergriffen hätten, als ob es an Mut gefehlt hätte, sich dem Lager des „Słowo Polskie“ zu widersetzen.

Die bisherige pragmatisch dargestellte Entwicklung der politischen Zustände in Lemberg zeigt, dass das „Słowo Polskie“ und einige national-demokratischen Heissporne nicht einen Augenblick am Ruder waren, dass wir im Gegenteil von allem Anfang an der russophilen Richtung das Wasser abgruben.

Die lange Konferenz bei Rutowski ergab, dass an einen Anschluss Lembergs an die politische Richtlinie Russisch-Polens nicht zu denken sei. Dr. Grabski musste sich überzeugen, dass er in unseren Reihen auf politischen Erfolg nicht rechnen

konnte. Dies war auch der Grund, weshalb Grabski den zahlreichen weiteren Konferenzen fernblieb.

Natürlich hatte ich persönlich wegen meiner Stellungnahme viel auszustehen; Dr. Grabski bezichtigte mich des Verrates an der Partei, der Verletzung der Parteidisziplin u. dgl. — Wegen meines prinzipiellen Gegensatzes zu dieser neuen Politik Grabski's und wegen persönlicher Zerwürfnisse mit ihm und verschiedener Sticheleien der Redakteure des „Słowo Polskie“ trat ich bald nach der Konferenz bei Rutowski aus der Partei aus unter der ausdrücklichen Feststellung, dass die Parteileitung als solche auf dem Boden der Konsolidation der Parteien stehe und dass dem „Słowo“ und einigen Parteimitgliedern mit Grabski an der Spitze nicht das Recht zustehe von den Beschlüssen der vollzähligen Parteileitung willkürlich abzugehen. An die anderen Mitglieder der Parteileitung, die eine führende Rolle innehatten, konnte ich nicht appellieren, da sie in den westlichen Provinzen der Monarchie weilten.

In Lemberg war kein Boden für die politischen Experimente eines kleinen Häufleins von Russophilen.

Die Konferenz bei Rutowski war auch deshalb wichtig, weil ihr Verlauf bereits am andern Tage in der Stadt bekannt wurde und alle besonnenen Elemente mit Genugtuung erfuhren, dass den russophilen Bestrebungen von allem Anfang an ein Dämpfer aufgesetzt war.

Unsere Konnationalen sprachen gelegentlich ihres Lemberger Aufenthaltes beim Gouverneur vor, um die drohenden unerträglichen Konse-

quenzen des bekannten Amtsprogramms zu lindern, hatten indessen keinen Erfolg, weil nach russischer Auffassung in Ostgalizien, diesem angeblich russischen Gebiete, für Niemanden Ausnahmen zu gelten hätten.

Das Häuflein der russophilen Schwärmer schmolz erheblich zusammen. „Stowo Polskie“ wurde zu einer russophilen Insel im weiten Meer österreichreuer Gesinnung; seine Redakteure verfolgten eine Politik, die das Publikum, um es ehrlich zu sagen, als widerwärtig und abstossend empfand und brandmarkte.



XII.

Mislungene Versuche Dr. Grabski's.

Grabski versuchte nur noch einmal in unserem Kreise, der aus den angesehensten Persönlichkeiten bestand und mehrmals von unseren Erzbischöfen beehrt wurde, eine Rolle zu spielen.

Einmal regte er an, man möge in Lemberg eine Art Filiale des Warschauer Central-Komitees gründen zur Förderung verschiedener Landesangelegenheiten bei den russischen Behörden. Der Plan war durchsichtig; es handelte sich um eine Art Zwischeninstanz zwischen der Bevölkerung und der russischen Regierung. Es sollte dies ein Komitee sein, in dem nicht nur Polen, sondern auch russophile Ruthenen Platz finden sollten. Diese Idee wurde von uns zurückgewiesen, und auch diejenigen, die Grabski am nächsten standen, sprachen sich dagegen aus.

Seit dieser Zeit blieb Grabski den Konferenzen fern.

Den letzten Versuch einer werktätigen Politik unternahm Grabski Anfang des vorigen Jahres.

Präsident Rutowski gab ein zahlreich besuchtes Diner, an dem auch einige Gäste, Polen aus Russland, teilnahmen. Man sprach in jener Zeit in polnischen Kreisen viel von der bevorstehenden teilweisen Ausführung der im Manifeste festgelegten Intentionen der russischen Regierung. Hieran anknüpfend wollte Grabski uns überzeugen, dass auch wir als Gegenleistung zu einer Tat uns aufraffen sollten, die unseren politischen Anschluss an Russland zum Ausdruck brächte.

Vor diesem Wagnis warnten vom ethisch politischen Standpunkt beide Erzbischöfe; sie stellten das Ausharren in der Loyalität für jeden als Gewissenspflicht hin.

Der bei uns und in Oesterreich bekannte Abgeordnete v. Kozłowski bemühte sich in seiner Rede Professor Grabski von der Sucht, inmitten des Kannonendonners Politik zu treiben, abzubringen.

Mein eigener Standpunkt gründete sich auf unabweisliche Tatsachen. Im Besitz unbedingt verlässlicher Informationen aus Warschau, stellte ich fest, dass die Russen trotz des Manifestes ihres Grossfürsten nicht um ein Haar ihr System in Russisch-Polen gemildert hatten, dass geraume Zeit nach Erlass des Manifestes die polnischen Aufschriften an der Warschau-Wiener Bahn entfernt wurden, dass man trotz des Manifestes in Gouvernement Chelm das Anbringen polnischer Aufschriften neben den russischen mit hohen Strafen belegte, dass das damals vorbereitete Projekt der städtischen Autonomie für Polen direkt russifikatorische Tendenzen verfolgte, — kurz, dass alles was versprochen werde, sich als Un-

aufrichtigkeit und Heuchelei darstelle, dass wir also nicht nur von unserem seperatistischen Standpunkt, sondern auch vom allgemein polnischen Standpunkt aus uns gegen Russland kehren müssten.

Das war die letzte Schlacht, die Professor Grabski verloren hat. Es blieb ihm nichts weiter übrig als im vertraulichen Wege — ich möchte sagen konspiratorisch — seine politischen Ideen zu propagieren; und ein Wurf gelang ihm in der Tat.



XIII.

Der Aufruf gegen die Legionen.

Denn der Löwentheil an dem Zustandekommen des bekannten Aufrufs gegen die Legionen gebührt zweifelsohne Herrn Grabski.

Ueber die Entstehungsgeschichte dieses Aufrufs weiss ich wenig zu berichten, da sie in die Zeit meines schon erwähnten offenen Konfliktes mit Professor Grabski fällt. In unserem mehrmals erwähnten Kreise war davon keine Rede, obwohl ihm ausser Grabski auch Persönlichkeiten angehörten, die den Aufruf unterzeichnet haben. Nach der Veröffentlichung des Aufrufs waren wir unangenehm überrascht, dass man es nicht für nötig gehalten hatte in dieser doch politisch nicht unerheblichen Angelegenheit uns alle zur Beratung zuzuziehen.

Ich muss offen gestehen, dass ich am liebsten von diesem Aufruf überhaupt nicht sprechen würde, da ich ihn von allem Anfang an für einen politischen Fehler erachtet habe. Indessen die Art seiner Entstehung, die Zahl der Unter-

schriften, die politische Parteiangehörigkeit der Unterzeichner sind für die Würdigung der politischen Physiognomie Lembergs zu charakteristisch, als dass ich die Angelegenheit mit Stillschweigen übergehen könnte.

Das Sammeln der Unterschriften übernahm Grabski, dem es schliesslich gelang ganze 24 Unterschriften aufzutreiben, — sage und schreibe vier und zwanzig Unterschriften, wobei nicht ausseracht zu lassen ist, dass die allpolnische Partei in Lemberg zahlreich vertreten war. Jedoch nicht einmal die Hälfte der Unterschriften ist allpolnischer Provenienz; die andere Hälfte umfasst Personen, die den verschiedensten Parteigruppen angehörten.

Unter den Unterzeichnern findet man solche, die im politischen Leben Galiziens eine grosse Rolle gespielt haben; aber neben ihnen auch Namen, die im öffentlich-politischen Leben ganz unbekannt waren. Daraus geht hervor, wie schwer es war, hier in Lemberg etwas zustande zu bringen, was auch nur den Schein einer russophilen Tendenz hatte. Ich sage „den Schein“, denn abgesehen von dem Inhalt des Aufrufs, findet man Unterschriften, deren Träger, wenn nicht russenfeindlich, so doch nicht russenfreundlich also gewissermassen neutral waren.

Bei uns in Lemberg hat man die Unterzeichner des Aufrufs nicht in erster Linie des Russophilismus geziehen, der jeder Person erst nachzuweisen wäre. Vielmehr fand man es politisch auffallend, dass sich Personen gegen die Legionen offen aussprachen, die nicht lange vorher

sie gefördert hatten und sogar bei der Bildung der Legion mitgewirkt hatten.

Aber angenommen, dass alle Unterzeichner des Aufrufs mit Russland sympatisierten, so folgt daraus für die politische Physiognomie Lembergs nur das eine, dass jene russischen Sympathien ganz vereinzelt waren, dass es nicht angeht, wenn anders man der Wahrheit die Ehre geben will, zu behaupten, dass in Lemberg ganze Parteigruppen oder Gesellschaftsschichten russophil waren. Der Aufruf beweist das Gegenteil; er ist eine Ausnahme von der Regel felsenfester und überzeugter antirussischer Gesinnung, der gegenüber selbst Grabski, der gewandte Agitator, Obmannstellvertreter einer angesehenen Partei, an dessen rein idelle Absichten Niemand zweifelte, nichts auszurichten vermochte.

Fragt man nach den Motiven, die den Aufruf hervorgerufen haben, so waren es vielmehr praktische Rücksichten, als Russophilismus, denen er sein Dasein verdankte. Nicht ohne Einfluss sind wohl die Vorstellungen der polnischen Politiker aus Russland gewesen, denen die russischen Regierungskreise ihren Missmut über die polnischen Legionen auf Seiten Oesterreichs gezeigt haben werden. Dr. Grabski behauptete hartnäckig, dass ihm der Aufruf sozusagen das Entgelt sei für die Kombatantenbehandlung unserer Legionäre, denen sonst die Hinrichtung in Russland drohte.

Alles in allem mochte sich dieser oder jener Unterzeichner des Aufrufs die Sache so oder anders zurechtlegen, in Lemberg hat man sie allgemein als politischen Missgriff betrachtet.

Den beabsichtigten Zweck konnte der Aufruf nicht erzielen, denn er forderte unsere Jugend zum Verlassen der Legionen auf; diese aber war im Bereiche der österreichischen Machtsphäre und erhielt daher den Aufruf nicht. Daraus ergibt sich wieder, dass der Aufruf, der so viel Aufsehen erregt hat, besser unterblieben wäre.

Merkwürdigerweise haben aber die Urheber des Aufrufs, dessen meritorischer Inhalt in der Aufforderung gipfelt, die Legionen zu verlassen und zur normalen Arbeit zurückzukehren nicht versäumt folgende Sätze einzuflechten, die ich in treuer Uebersetzung anführe: „Wir müssen entschieden betonen, dass uns jedwede Absicht fernliegt, die Loyalität der österreichischen Bürger gegenüber dem Staate irgendwie zu schwächen. Wir sind im Gegenteil der Meinung, dass die österreichischen Bürger polnischer Nationalität, welche in den Verband des Heeres einbezogen sind, ihre Pflichten gewissenhaft erfüllen sollen, schon deshalb um zu beweisen, dass wir für die Achtung unserer nationalen Rechte immer dankbar zu sein verstehen“. Dieser Passus bekräftigt doch die Behauptung, dass nicht alle, die den Aufruf mitunterzeichnet haben, ohne weiteres als Russophile angesehen werden dürfen.

Aus der bisherigen Darstellung wird der unbefangene Leser schliessen, dass Lembergs politische Physiognomie von vereinzelt Ausnahmen abgesehen, ein imponantes Bild gutösterreichischer Loyalität darstellt.

Man wäre wirklich versucht zu fragen, wie diese werktätige, mit so vielen Opfern besiegelte Loyalität zu erklären ist; denn was man in Lem-

berg des öfteren sah, war nicht nur ein korrektes, passives Verhalten, diktiert von einer kaltblütigen Raison, sondern sehr oft ein bis an das Märtyrium grenzendes leidenschaftliches Festhalten an der österreichischen Staatsidee. Darüber will ich noch einiges sagen umsomehr, als die polnische Nation unter die beiden kriegführenden Parteien verteilt ist.



XIV.

Das Ideal der Vereinigung Polens.

Wir leben in Europa seit Jahren inmitten des allseits stark ausgeprägten Nationalismus, vor dem die anderen vom allgemein menschlichen Standpunkte sehr löblichen Ideen zurücktreten. Seit Ausbruch dieses furchtbaren Krieges sehnt sich jede Nation danach, eine möglichst breite Anerkennung der eigenen nationalen Individualität zu erlangen. Die Trippelallianz hat auch nicht versäumt in ihren Liebeswerbungen um die neutralen Staaten dieses Bestreben als Parole des grossen Krieges zu verkünden.

Für uns Polen, denen es beschieden ist, unter der Herrschaft der drei Teilungsmächte zu leben, ist dieser Krieg zu einem Bruderkrieg geworden; der erbitterte Zweikampf der Teilungsmächte wird nicht nur fast ausschliesslich auf unserem Boden ausgefochten, sondern unsere Volksgenossen kämpfen gegeneinander. Es sei nur nebenbei erwähnt, dass die sibirischen Regimenter oft zur Hälfte aus Polen zusammengesetzt sind.

Unter diesen Umständen musste in der Seele eines jeden Polen der Wunsch rege werden, dass in Zukunft diese Dreispaltung der Nation aufhöre im Sinne der grossen „Idee der Vereinigung“ aller Volksteile.

Von wem aber haben wir diese Vereinigung zu erhoffen? Für Grabski, der eine periodische Druckschrift unter dem bezeichnenden Titel „Vereinigung“ (es sind drei Hefte erschienen) redigierte, war es eine ausgemachte Sache, dass nur Russland berufen und befähigt ist uns Polen zu vereinigen. Diese Folgerung war nicht schlüssig, denn nur diejenige Teilungsmacht könnte uns national einigen, welche in diesem grossen Kriege sämtliche polnische Landesteile erobert. Also entweder Russland oder die beiden Centralmächte, die vom Standpunkt des, Russland angreifenden Gegners, als Einheit betrachtet werden müssen. Die blosser Ankündigung des Grossfürsten-Generallissimus, dass Russland uns einigen wolle, war noch kein Grund, alle Polen ins russische Lager zu treiben; denn jeder, der sich nicht gerade für einen Propheten ausgeben wollte, musste sich sagen, dass im Fall einer Niederlage Russlands die Centralmächte uns einigen könnten. Hatte also die Idee der Vereinigung so grosses Gewicht, so dürfte eben deshalb kein Pole, dem Staate, dem er bisher angehörte, den Rücken kehren. Dies galt besonders, wenn noch andere Gründe ihn zwangen, an seiner Staatsangehörigkeit festzuhalten.

Als wir in Lemberg unsere „Erlöser“ von Tag zu Tag näher kennen lernten und auch die russische Kriegführung genau verfolgten, hatten wir

keine Lust von den Russen vereinigt zu werden. Viele Anzeichen sprachen ja dafür, dass die russische Regierung es mit ihrem Manifest gar nicht ernst gemeint hatte. Ueberdies zweifelten wir keinen Augenblick, dass Russland schliesslich doch unterliegen und daher nicht fähig sein werde, das Werk unserer nationalen Einigung zu vollbringen.

Was es mit seiner Absicht, uns innerhalb der „ethnographischen“ Grenzen zu vereinigen, für eine Bewandnis hatte, zeigte uns die russische Invasion in Galizien. Die Grenzen Ostgaliziens schoben die Russen möglichst weit nach dem Westen vor (weit über den Sanfluss hinaus) und begannen hier jede Spur der polnischen Eigenart zu vertilgen. Andererseits forderte die beabsichtigte „Erlösung“ der ungarischen „Russen“ (?) soviel Opfer, dass die russische Heeresleitung nach Angabe der Russen momentan gezwungen war beim fortwährenden strategischen (?) Rückzuge grosse Teile von Russisch-Polen den verbündeten Centralmächten zu überlassen, was keineswegs geeignet war, der russischen Sache Freunde zu werben.

XV.

Die Lemberger Urteile über russische Kriegschancen.

Unsere öffentliche Meinung in Lemberg organisierte sich infolge des instinktiven Widerwillens gegen den russischen Eindringling derart, dass wir auch in den Zeiten der grössten Bedrängnis, als uns die tendenziöse Presse mit den russischen Siegen zu blenden versuchte, Gründe auf Gründe häuften, die für die endliche Niederlage Russlands sprachen.

Wie überall, so besprach man auch bei uns, in öffentlichen Lokalen beim Zusammentreffen mit Bekannten die Kriegsergebnisse. Merkwürdig genug ist es nun, dass in den Lemberger öffentlichen Lokalen mit sehr kleinen Ausnahmen, die Oesterreich günstigen Urteile überwogen und diejenigen Personen sich der grössten Popularität erfreuten, die mehr oder weniger triftige Beweisgründe zu Gunsten der österreichischen Kriegführung anzuführen wussten.

In meinem Bekannenzirkel, der sich täglich im Wiener Café versammelte und während der langen Monate der Invasionszeit — ich darf es sagen — grosses Ansehen erwarb, organisierte ich die Beurteilung der Kriegslage sozusagen methodisch. Es floss uns ein umfangreiches genau gesichtetes Nachrichtenmaterial zu. Neben gründlichem Studium der Berichte des russischen Generalstabes, lasen wir ziemlich oft Wiener, Budapester, Bukarester Zeitungen, studierten auch die russische Presse und sammelten Nachrichten von den Gefangenen, Chauffeuren u. dgl. Dieses Material prüften wir auf seine Richtigkeit und zogen die Schlussfolgerungen, die sich für die nächste Zukunft ergaben.

Natürlich fiel dieses ganze, übrigens doch unschuldige Arrangement, der russischen Gendarmerie auf und die Folge war, dass man uns mit Repressalien drohte. Die Polizei begann unter zahlreichen Revisionen nach den deutschen Zeitungen zu fahnden, und es wurde dem Publikum streng verboten mit unseren Kriegsgefangenen sich ins Gespräch einzulassen. In den Cafés fanden von Zeit zu Zeit persönliche Revisionen statt und Ochranebeamte begannen in Gesellschaft von Privatagenten die öffentlichen Lokale zu besuchen. Einige Mitglieder meines Zirkels wurden noch im Winter nach Russland verschleppt. Trotzdem setzten wir unsere Versammlungen bis etwa Mitte Mai 1915 fort; doch war von freier Meinungsäusserung an diesem Orte keine Rede mehr, der Spione wegen, an denen es nicht mangelte. Die Vorsichtigen unter uns begannen die öffentlichen Lokale überhaupt zu meiden. Auch unser Zirkel,

der noch im Frühjahr sehr zahlreich war, ging Mitte Mai 1915 auseinander. Wir trafen uns nunmehr vorsichtshalber nur noch auf den Strassen.

Das Ergebnis unserer Zusammenkünfte war eine prinzipielle Auffassung der ganzen Situation gewesen, die in Lemberg vorherrschend wurde und dahin ging.

Schon beim Kriegsausbruch ist sichtbar geworden, dass Russland mit der ganzen Wucht seiner zeitig mobilisierten Heeresmacht den Hauptstoss gegen Oesterreich unternommen hat. Es entsprach auch den traditionellen politischen Aspirationen Russlands, Oesterreich als Nebenbuhler auf dem Balkan zu zerschmettern und über Lemberg und Ostgalizien, dem echt russischen Erblande (!) sich den Weg nach Konstantinopel zu bahnen. Der Kampf mit Oesterreich sollte ja den Zaren instandsetzen, die von der grossen Kaiserin Katharina überkommenen Aufgaben an den Gestaden des Schwarzen Meeres zu lösen. Trotz der Parole „Los gegen das Germanentum“ liess Russland im Nord-Osten seine Grenze offen und warf seine ausgezeichneten Truppen aus den Militärbezirken: Równo, Kiew, Odessa, teilweise auch Warschau erstaunlich schnell nach Galizien.

Es konnte uns daher nicht überraschen, dass die österreichische Heeresleitung angesichts der numerisch weit überlegenen Heeresmacht der Russen jenen zähen Rückzug durchführen musste. Dass er zähe war, bewies deutlich genug die grosse Lemberger Schlacht, die uns auch lehrte, dass man durch den zähen Widerstand allmählich das Uebergewicht des Feindes beseitigen und einen

Ausgleich in den Stärkeverhältnissen herbeiführen kann. Schon diese Lemberger Schlacht mit ihrer enormen Zahl russischer Verwundeter zeigte uns, dass das Ausgleichswerk von Anfang an glänzend ausgeführt wurde.

Da bereits im September 1914 klar war, dass die San- und Dniesterlinien nicht zu halten waren, zumal auch aus dem Warschauer Rayon über Lublin her unzählige russische Truppenmassen sich gegen Westgalizien wälzten, so konnte man mit grosser Wahrscheinlichkeit annehmen, dass sich die österreichische Heeresleitung entschlossen habe, sich unter ständiger Hinhaltung des russischen Gegners auf die Karpathen als letzte Vertheidigungslinie zu stützen.

Anfang Oktober 1914 rückten verbündete Truppen gegen das linke Weichselufer und gegen Warschau vor; der Zweck dieser deutscherseits mit ungenügenden Kräften unternommenen Offensive war durchsichtig; es handelte sich mehr darum, die Russen nach Möglichkeit vor dem Eingang nach Schlesien (Krakau-Czenstochau) fern zu halten, als den positiven Erfolg, die Einnahme von Warschau, zu erzielen. Trotz der Schwäche ihrer Heeresmacht drangen die Deutschen bis in die nächste Umgebung von Warschau vor; und wenig fehlte, so wären die Russen gezwungen gewesen, Galizien zu räumen. Sie mussten nämlich mit Hilfe rasch hergestellter Bahnverbindungen grössere Teile ihrer Kräfte von Galizien nach Russisch-Polen werfen. In Galizien markierten sie nur mit ihrer zahlreichen Reiterei das Vorhandensein angeblich starker Kräfte, was ihnen umso leichter gelang, als ihre Reiterei Auf-

klärungsversuche bis tief in das Feindesland hinein zu unternehmen pflegte.

Der Generalstabschef Januszkiewicz stand damals auf dem Höhepunkt seiner strategischen Leistung. Die rasche Umgruppierung der Heere und die in zwölfter Stunde gelungene Heranziehung der sibirischen Regimenter, die im schnellsten Tempo über Warschau zur Front geeilt waren, trugen dem russischen Generalstabschef einen hohen Orden ein.

Es begann nun der berühmte Hindenburg'sche Rückzug, der, nach den russischen Stimmen zu urteilen, mehr Ehre dem Zurückweichenden als dem Verfolger brachte. Planmässig war der Rückzug gewiss. Das lehrt z. B. folgende kleine Episode: Bei Lutomiersk in der Nähe von Lodz nahm ein deutscher Kommandant von seinem Quartierwirt, einem Gutsbesitzer, mit der Bemerkung Abschied, dass er nach zwei Wochen wiederkehren werde. Er hat diesen Termin mit nur zweitägiger Verspätung eingehalten.

Der Oktober-Rückzug aus Russisch-Polen dürfte verhältnismässig noch die grössten Opfer in dem s. g. östlichen Abschnitt gekostet haben. Vor Niemenlinie angelangt, mussten sich die Deutschen langsam bis an ihre Grenze und weit über sie hinaus zurückziehen.

Die Russen triumphierten. Anfang November 1914 war ihre Lage ausgezeichnet: österreichische Truppen mussten abermals das linke San-Ufer und die obere Weichsel aufsuchen, die Deutschen gelangten in ihrem Rückzuge bis knapp an die Grenze von Posen und Schlesien, gar nicht

zu reden von dem Vordringen der Russen in Ostpreussen.

Das war erst Anfang November 1914. In dieser Zeit trat eine entscheidende Wendung ein: das Kriegsglück verliess die Russen. So dachte man wenigstens in Lemberg.

Nach dem kaum beendeten Rückzug sehen wir Ende November die deutschen Truppen vor Lodz stehen. Die österreichischen Heere hielten den russischen Vormarsch gegen Krakau auf (Schlacht bei Limanowa) und liessen sich in die grosse Karpathenschlacht ein, die monatelang dauerte und das Staunen der Nachwelt erregen wird. Diese Schlacht kostete die Russen unendliche Opfer und schwächte ihre Kräfte derart, dass mit Frühlingsanbruch die grosse Offensive der Centralmächte möglich wurde. Hervorzuheben ist auch, dass gleichzeitig mit der Karpathenschlacht eine kräftige Offensive an den äussersten Abschnitten (Bukowina-Samogitien) einsetzte.

In jener Zeit sahen wir in Lemberg wahre Menschenströme ununterbrochen vorüberfluten. Wir waren Zeugen, wie Rekruten nach kaum dreiwöchiger Ausbildungszeit ins Feld zogen. Ganze Regimenter wurden ohne Gewehre an die Front geschickt. Es ging das Gerücht, dass die Japaner ihre Geschütze zur Eroberung von Przemysl ausgeliehen und einen ihrer Generäle zur Leitung der Belagerung entsendet hätten. Immer neue Armeen, neue Corps, neues Kriegsmaterial schob man nach Galizien nach. Doch wer die Gefechte mit der Karte in der Hand genau studierte, erkannte deutlich, dass die Russen sich ohne wesentlichen Terraingewinn verbluteten.

Das wären so die leitenden Gesichtspunkte unter denen wir in Lemberg die Entwicklung der Kriegseignisse erfassten. Daher kann es nicht wundernehmen, dass wir voll Zuversicht in die Zukunft schauten.

Mag auch die obengeschilderte Auffassung der Situation auf dem Kriegsschauplatze nicht ganz zutreffend sein, für mich genügt es festzustellen, dass wir in Lemberg so und nicht anders über die Kriegslage dachten und infolgedessen den Glauben an die Wiedereroberung der Stadt hegten. Und wenn man mir selbst in der Reihe anderer etwas zum Verdienst anrechnen wollte, so wäre es, dass ich — man verzeihe die Offenheit — mit grosser Konsequenz, unter Anwendung meiner ganzen Ueberredungskunst, nach gründlichem Studium der Kriegsvorgänge den Glauben an Oesterreichs Sieg rege erhalten habe. Das war ein ausgezeichnetes Mittel zur Bekämpfung des Russophilismus. Durch das lebendige Wort berichtigten wir nur allzu oft die tendenziösen Berichte der Zeitungen, die, wie es auch nicht anders möglich war, die Kriegsoperationen in dem für die Russen vorteilhaftesten Sinne darstellten.

Wer an die Aenderung der Situation auf dem galizischen Kriegsschauplatze wenig glaubte, war wohl auch geneigt der politischen Schicksalswendung sich zu fügen und beobachtete innerlich eine passive Neutralität. Je nach dem endgiltigen Ausgang des Krieges hätte er sich auf die österreichische oder russische Seite gestellt. Numerisch lässt sich die jedenfalls kleine Zahl dieser Personen nicht feststellen; nichtdestoweniger bildeten

sie eine besondere Gruppe, die natürlich mit der Gestaltung der politischen Parteiverhältnisse aus der Zeit vor dem Kriege nichts gemeinsames hatte. Man sieht aber daraus, welche ganz individuelle Momente für die s. g. politische Orientierung ausschlaggebend sein konnten.



XVI.

Russische Regierungsmassnahmen in Galizien.

Ein anderes Kriterium zur Feststellung der politischen Gesinnung bestand in der Wertschätzung der russischen Weltanschauung und der russischen Regierungsmethoden.

Wir alle in Lemberg hatten darüber mit verschwindenden Ausnahmen ein entschieden negatives Urteil. Auf Grund der von Tag zu Tag wachsenden Erfahrung und eigener Wahrnehmungen gelangten wir zur Ueberzeugung, dass wir uns mit den Russen nie befreunden könnten. Russland wollte uns in Ostgalizien ein politisches Grab bereiten und begann die rücksichtsloseste russifikatorische Arbeit.

Ich will im folgenden in aller Kürze das fast zehnmonatige russische Regime darstellen.

Zweierlei wurde in grösster Eile in Angriff genommen. Delegierte verschiedener Ministerien aus Petersburg begannen die galizischen Einrichtungen zu studieren. Man möchte annehmen, dass

sich die Russen angesichts des noch währenden Krieges und aus sonstigen praktischen Gründen hierauf beschränkt hätten. Weit gefehlt! Es kam eine Unzahl von Beamten nach Galizien, die nach russischen Mustern zu regieren anfangen, ohne mit den anders gearteten Verhältnissen zu rechnen. Die russischen Beamten setzten sich in den Besitz der bestehenden Organisationen, Anstalten und Einrichtungen ohne recht zu wissen, was sie damit anfangen sollten.

Den galizischen Beamten, deren Schicksal den Generalgouverneur, wie er sich im Gespräch mit einem Korrespondenten einer Petersburger Zeitung ausdrückte „sehr anging“, wurde unter gewissen Modalitäten die Aufnahme in den niederen russischen Staatsdienst in Aussicht gestellt. Diese Subalternstellen müssten, dies betonte der Gouverneur nachdrücklich, den oberen Beamten russischer Abstammung untergeordnet werden.

a) Unterrichtswesen.

Mit dem Unterrichtswesen ging es noch ziemlich leicht.

Unsere polnische Hochschule wurde geschlossen mit dem Bemerkten, dass in Lemberg fernerhin nur russische Hochschulen bestehen könnten, dass aber die Polen als Ersatz polnische Hochschulen in Warschau erhalten würden.

Diese ganz oberflächliche Auffassungsweise machte nur böses Blut, denn erstens glaubten wir den russischen Versprechungen nicht und zweitens fühlten wir, wie naiv die Russen dachten. Eine Hochschule bedeutet doch ein lange vor-

beritetes, durch Generationen erarbeitetes „Stück der heimischen Kultur“, die sich ohne den grössten nationalen Schaden nicht wie ein Gepäck von Ort zu Ort transportieren lässt.

Auch mit den Mittelschulen wurden die Russen leicht fertig. Die russische Regierung wollte in Ostgalizien prinzipiell nur polnische Privatschulen in sehr beschränkter Anzahl bewilligen und behielt sich nur vor eine Kontrolle über das Lehrpersonal, die Auswahl der Lehrbücher, den russischen Sprachunterricht durch seine Schulorgane auszuüben. Die Zahl der Mittelschulen sollte gering sein, da man fand, dass bisher zu viel Lehranstalten in Galizien bestanden hatten. Eine beschränkte Anzahl polnischer Privatschulen in Lemberg mussten die Russen zulassen, da sie sich überzeugten, dass die Stadt rein polnischen Charakter hat. Sie trösteten sich, nicht mit Unrecht damit, dass mit der Zeit durch starke Vermehrung der russischen Beamten und Auswanderung der polnischen Beamtenschaft, durch die Einwanderung russischer Kaufleute, Arbeiter, Aerzte, Anwälte u. dgl., durch Angliederung der Nachbargemeinden der Stadt, es gelingen werde, den polnischen Charakter der Stadt zu verwischen. Schon während des Krieges unterstützten die Russen die Einwanderung der russischen Elemente tatkräftig.

Das galizische Volksschulwesen wollten die russischen Behörden vollständig umgestalten, das heisst an seine Stelle die russische Volksschule setzen, wozu sie auch die ersten Bausteine gelegt haben.

Der bekannte Nationalist Tschichatschew und

der Bischof Eulogius riefen eine Schulkommission ins Leben. Russische Kurse für Volksschullehrer wurden in grösseren Städten Galiziens und in Kiew und Petersburg eingerichtet. Hie und da auf dem Lande wurden unter Assistenz hoher russischer Staatsfunktionäre und der hohen russischen Geistlichkeit russische Volksschulen als die ersten Vorboten der echten Kultur eröffnet.

Im grösseren Masse als sonst wo, trat auf diesem Gebiete der russifikatorische Gedanke zu Tage. Die Russen gingen an die Volksaufklärung nicht um das löbliche Werk der Bildung zu fördern, sondern um der „erlösten“ Bevölkerung das Russentum einzuimpfen, wozu als das beste Mittel die enge Verbindung der Volksschule mit der orthodoxen Ortschaft erachtet wurde.

aa) Lemberger Universität.

Was die Universität anbelangt, bin ich in der angenehmen Lage den Russen über die interimistische Behandlung dieser Unterrichtsanstalt Gutes nachsagen zu können. Ich betone „interimistische Behandlung“, denn man sagte uns, dass bereits im Herbst 1915, unsere Universität in eine russische umgewandelt werden müsse. Vielleicht hat man die Anstalt zeitweise schonend behandelt, weil man uns Professoren als Morituri betrachtete.

Ogleich die russischen Behörden das ganze Staatseigentum ihrer unmittelbaren Aufsicht und Verwaltung unterstellten, behielten sie sich hinsichtlich des Universitätsgutes nur die Oberaufsicht vor und überliessen im Uebrigen die un-

mittelbare Verwaltung unseren Universitätsbehörden.

Der Dumaabgeordnete Tschichatschew, Referent des gesamten Unterrichtswesens, besichtigte unsere Universität und bekundete für ihre Einrichtungen, Bibliotheken und Sammlungen lebhaftes Interesse. Auf seine Anregung wurde dem Rektor-Stellvertreter Prof. Beck die Leitung der Universitätsgeschäfte und die Obhut über das Universitätsgut unter persönlicher Verantwortlichkeit anvertraut, worüber er ein entsprechendes Dokument erhielt.

Der Universitätsunterricht musste auf höhere Anordnung unterbleiben, doch durften sich die in Lemberg verbliebenen Professoren in ihren wissenschaftlichen Instituten und Laboratorien ganz frei bewegen.

In der Stadt und sonst im Lande hielten sich viele ehemalige Universitätshörer auf, welche ihre Doktorprüfungen vor der Besetzung Lembergs angefangen hatten und zu den weiteren Prüfungsstadien vorbereitet waren. Sie reichten in der Universitätskanzlei eine Petition ein, in der sie um die Ermöglichung der Ablegung der weiteren Rigorosen baten. Auch in unserer Bürgerschaft wurden Stimmen laut, die es als sehr wünschenswert bezeichneten, dass, wenn schon der Universitätsbetrieb brach liegen müsse, wenigstens den Studierenden die Ablegung der Prüfungen ermöglicht werde. Die Professorenkollegien unserer vier Fakultäten waren derselben Ansicht.

Präsident Rutowski versprach sich in dieser Angelegenheit beim General-Gouverneur zu ver-

wenden und richtete nach Rücksprache mit mir ein Memorandum an ihn, worin er betonte, dass die Abhaltung der Rigorosen (strenger Prüfungen) zum Bereiche des autonomen Universitätsbetriebes gehöre. Etwa nach Ablauf eines Monats eröffnete der Gouverneur dem Präsidenten Rutowski, dass laut Erlass des Armee-Oberbefehlshabers die „Schlussprüfungen“ abgehalten werden dürften. Beinahe gleichzeitig erhielt unser Prorektor ein Schreiben des Herrn Tschichatschew mit der Bewilligung zur Abhaltung der Rigorosen. Nebenbei bemerkt, wurde ihm dieses Schreiben durch einen Soldaten in seiner Privatwohnung nach 12. Uhr nachts zugestellt.

In dem Schreiben forderten die Russen die Vorlegung des Planes der abzuhaltenden Rigorosen.

In einem französisch abgefassten Briefe teilte unser Prorektor die Rigorosengruppen und die Zusammensetzung der Kommissionen mit. Der Plan wurde genehmigt und Herr Tschichatschew bat in einem weiteren Schreiben um die „seinerzeitige“ Vorlage des Berichtes über die abgehaltenen Prüfungen.

Von Mitte Dezember 1914 bis zum 22. Juni 1915 hielten wir, sonst unbehelligt von den Russen, die Rigorosen ab.

Zahlreich waren die Anmeldungen an der juristischen Fakultät. Störend wirkten verschiedene äussere Umstände, so z. B. das gegen die Juden gerichtete Verbot, von Bezirk zu Bezirk zu reisen, womit die Möglichkeit einer Reise nach Lemberg abgeschnitten wurde; ferner die Unsicherheit auf den Strassen Lembergs, wo die

Russen die männliche Bevölkerung aufgreifen liessen, um sie zum Bau von Schützengräben zu verwenden. Es kamen viele Tage, an denen sich unsere Prüfungskandidaten nicht auf die Strasse trauten.

Erwähnen möchte ich auch, dass der Oberst Konstantinow, der die Verfügung über das reichlich vorhandene Brennholz hatte, mit dem Heizmaterial derart kargte, dass es in den schlecht oder gar nicht geheizten Prüfungssälen kaum auszuhalten war.

Während der Invasionszeit führte ich die Dekanatsgeschäfte der juristischen Fakultät. Ich bemühte mich unserer führerlosen Jugend nach Tunlichkeit mit Rat und Tat behilflich zu sein und kann zu meiner Freude feststellen, dass unsere Studierenden ohne Unterschied der Nationalität meinen guten Willen zu würdigen verstanden.

Die „seinerzeitige“ Vorlage des Berichtes über die Prüfungen an Herrn Tschichatschew ist unterblieben. Vielleicht erfährt er auf dem Umwege über diese Broschüre, dass an unserer Fakultät während der Invasion 159. Rigorosen abgehalten worden sind.

Einige Monate hielten russische Soldaten vor der Universität Wache. Später wurde der Posten eingezogen.

Erst gegen Ende ihrer Herrschaft in Lemberg glänzten die Russen auch der Universität gegenüber durch Rücksichtslosigkeit. Den Rektor-Stellvertreter Prof. Beck und einige andere Mitglieder unseres Lehrkörpers verschleppten sie

ohne ersichtlichen Grund nach Russland und haben sie trotz unserer Bemühungen bisher nicht freigegeben.

b) Grundbesitz.

Mit besonderem Interesse warfen die Abgesandten der Ressortministerien ihr Augenmerk auf den galizischen Grundbesitz. Sie studierten seinen Umfang, seine Belastung mit der übrigens nicht geheim gehaltenen Idee den polnischen und jüdischen Grossgrundbesitz zu liquidieren und den auf diese Art frei gewordenen Boden unter die Bauern durch Vermittlung der russischen Banken zu verteilen. Eine Idee, die doch nicht geeignet war die polnischen Sympathieen auf russische Seite zu lenken.

c) Russifizierung Lembergs.

Die Russen begannen mit der Zeit Lemberg im russischen Sinn umzumodeln.

Vor allem liessen sie über den polnischen Strassentafeln russische anbringen. Die Vorstellungen des Präsidenten Rutowski, die er uns, nebenbei bemerkt, in den periodischen Konferenzen bekanntgab, hatten einen etwa zweimonatlichen Aufschub der Ausführung des Befehls zur Folge, blieben aber im übrigen fruchtlos.

Im Anschluss hieran darf ich bemerken, dass ich an demselben Tage, an dem unsere Heere ihren Triumpheinzug in Lemberg hielten, den städtischen Funktionären den Auftrag gab, die russischen Strassentafeln zu entfernen.

Am anderen Tage erhielt ich die Meldung, die städtischen Organe seien mit dieser Arbeit bald fertig geworden, da nur noch wenige Tafeln zu finden waren. Die „russophile“ (!) Bevölkerung Lembergs hatte auf eigene Faust im Nu die Tafeln beseitigt.

d) **Administrative Banition des höheren Klerus.**

Es dürfte allgemein bekannt sein, in wie hohem Ansehen bei uns der Klerus ohne Unterschied der Konfession steht.

Der russische Generalgouverneur in Lemberg sicherte zwar volle religiöse Toleranz zu, doch in der Praxis hörten die russischen Behörden nie auf den Klerus zu bedrücken. Schon die Verschiebung des ruthenischen Metropoliten Gf. Szeptycki aus Lemberg nach dem Innern Russlands machte das Volk sehr misstrauisch gegen die Russen. Später kamen die Entführungen etlicher Jesuitenmönche aus Chyrów und Lemberg und die Verbannung zahlreicher ruthenischer Pfarrer hinzu.

Diese Vorgänge reizten die Bevölkerung bis zum kleinen Mann, da man hier in Oesterreich nur aus Büchern wusste, dass z. B. polnische Bischöfe in Russland nach entlegenen Provinzen des russischen Reiches zwangsweise verschleppt worden waren.

Die Okkupationspraxis der Russen stimmte das Volk direkt feindlich. Hieran änderte nichts die Tatsache, dass die Russen das notleidende Volk in grossem Massstab mit Geld und Nahrungsmitteln unterstützen. Man behandelte sie als einen

zeitweiligen Eindringling und rasonierte besonders in den unteren Volksschichten beim Zusammentreffen mit ihnen etwa so: „Solange Ihr Russen unsere Festungen in Galizien nicht erobert, seid Ihr nur unerwünschte Gäste“.

Zu dieser Theorie passte natürlich schlecht der am 22. März 1915 unter grossem russischen Jubel verkündete Fall von Przemyśl. Die Kunde davon rief begreiflicherweise in Lemberg eine wahre Bestürzung hervor. Der kleine Mann wurde auf einmal stutzig. Wir beruhigten ihn mit der Bemerkung, dass die Deutschen nach Lemberg kommen würden, woran er umsoeher glaubte, als die russischen Soldaten ihn oft fragten, ob nicht „die deutsche Gefahr“ nach Galizien kommen werde. Denn vor den „Germanen“ hatte der russische Soldat heillosen Respekt.

Ich entsinne mich einer heiteren Episode, die sich in Lemberg im Winter 1915 abspielte.

Am Markte neben dem Rathause sah man viele russische Soldaten beim Einkauf verschiedener Produkte. Von einer Nebengasse her näherten sich einige uniformierte Feuerwehrmänner, deren Kopfbedeckung der preussischen Pickelhaube ähnelt. Man hörte plötzlich den Ruf: „Die Germanen kommen“ und in grösster Verwirrung flohen die russischen Soldaten davon. Dies war um die Zeit, als in der entferntesten Nachbarschaft von Lemberg keine Kriegsoperationen stattfanden.

XVII.

Die Stimmung in Lemberg nach dem Fall von Przemyśl.

Trotz allem muss zugegeben werden, dass die allgemeine Stimmung bei uns nach der Einnahme von Przemyśl sehr gedrückt war; die Zahl der Optimisten ging zurück; die Siegesumzüge, die die Russen zur Feier des Ereignisses durch weit herbeigeholte Muschiks auf den Strassen Lembergs veranstalteten, wirkten sehr deprimierend. Es bemächtigte sich der Bevölkerung eine wahre Verzweiflung. Die Tageschronik verzeichnete zahlreiche Ohnmachtsanfälle, hysterische Erkrankungen, Gemütsstörungen und sogar einige Selbstmordversuche. Ueber die Ursache durfte natürlich nichts gedruckt werden. Auch die kritischen Köpfe konnten nicht leugnen, dass die Situation zu Ungunsten unserer Monarchie sich gestaltet hatte. Die verzweifelte Stimmung steigerte sich noch, als tagelang Tausende von Kriegsgefangenen aus Przemyśl Lemberg passierten. Ihre Angaben über die eigentliche Ursache des Falles der

Festung liessen die Zukunft in keinem vorteilhaften Lichte erscheinen. Der Leitartikel in der „Neuen freien Presse“ vom 25. März 1915, der in gewundener Sprache der kummervollen Sorge um die Unversertheit der Monarchie Ausdruck gab, spiegelte den Zustand der Gemüter in den Westprovinzen des Reiches wieder. Es war in den ersten Wochen nach der Einnahme von Przemyśl wirklich sehr schwer gegen die verzweifelte Stimmung anzukämpfen.

Ich für meine Person stand auf dem Standpunkte, dass der Fall von Przemyśl in der Gesamtheit der Kriegsoperationen nur eine, wenn auch sehr triste Episode ist, falls sie nicht die von mir gefürchteten Folgerungen (die Forcierung der Karpathenübergänge und das rasche Vordringen gegen Krakau) nach sich zieht. Erfreulicherweise sind diese Eventualitäten nicht eingetreten; vielmehr folgte in kurzer Zeit die entschiedene glückliche Offensive auf den zwei äussersten Abschnitten des Kriegsschauplatzes: im Gouvernement Kowno und in der Bukowina. Beide Erfolge mussten eine Schwächung der russischen Karpathenheere nach sich ziehen.

Allerdings vermochte ich mit meiner Auffassung der allgemeinen Lage vorderhand nicht durchdringen. Auch in meinem Bekanntenkreise überwog zeitweilig eine pessimistische Würdigung der Situation, obwohl man darauf hinwies, dass die Forcierung der Wege nach Przemyśl trotz Winterszeit und grosser Schneeverwehungen grosse Opfer gefordert hätte, die bei Verwendung der Truppen zur geeigneten Zeit in offener Feldschlacht

unterbleiben oder doch nutzbringender sein würden.

Alle Augen waren im April auf die Karpathenpässe gerichtet. Auch ich konnte nicht ausser acht lassen, dass die Russen bis zu einem gewissen Grade Erfolge in den Karpathen erreichten; aber ich versäumte nicht die Kehrseite des Unternehmens zu beachten, nämlich den fortwährenden Nachschub von Hilfstruppen, trotzdem die frei gewordene Belagerungstruppe von Przemysl nach den Karpathen dirigiert wurde.

In einer geselligen Zusammenkunft bei Rutowski Mitte April 1915 wagte ich schliesslich die Behauptung, dass in einigen zehn Tagen das ganze Karpathenunternehmen der Russen ein jähes Ende finden werde. Einer der Gäste versuchte meine Darlegungen mit der kurzen etwas sarkastischen Antwort zu widerlegen: „Herr Professor! Sie werden doch nicht imstande sein, durch Ihre noch so fein ausgedachten Beweisgründe die russischen Millionenarmeen zu schlagen“. Nach Ablauf von nicht ganz zwei Wochen bestätigte der weitere Gang der Dinge meine Auffassung.

Was für grosse Hoffnungen man in Russland an die grosse zu Frühlingsanfang begonnene Karpathenschlacht knüpfte, möge folgende Episode illustrieren.

Mitte April sah ich bei Präsident Rutowski einen bekannten polnischen Duma-Abgeordneten, der sich in Russisch-Polen seit Jahren auf wirtschaftlichem Gebiete vorteilhaft hervorgetan hat, und während der Invasion uns in Lemberg einigemal besuchte. Er sagte mir, dass er im Auftrage der russischen Regierung im Be-

XVIII.

Das russische Geld. — Die österreichischen Kranken und Gefangenen in Lemberg.

Nun das Verhalten des Volkes dem russischen Gelde gegenüber!

Die Russen setzten den Kurs des Rubels mit 3,33 Kr. fest, eine andere Berechnung wurde mit strengen Strafen bedroht. Der wirkliche Wert des Rubels im Handel betrug 2.50 Kr. und darunter. Der gewöhnliche Verkehr zog für die Regel die Kronenwährung vor, und falls sie nicht zur Verfügung stand, pflegte der kleine Mann die russische Währung zu entwerfen. Die massenhaft von den Behörden diktierten Strafen hatten keinen Erfolg. So oft eine für die österreichischen Heere günstige Nachricht eintraf, wurde der Rubelkurs unbarmherzig heruntergedrückt. Als z. B. unsere Heere am 1. März auf kurze Zeit Stanislau besetzten, fiel der Rubel rapid auf 2 K. 20 h., trotzdem die Zeitungsjungen in den Strassen Lembergs die Besetzung als durch

den „Feind“ erfolgt ausschrien. Das Publikum empfing die Nachricht derart, dass die Polizeiden Jungen das weitere Ausrufen untersagte.

Die Fürsorge unseres Publikums für die hier verbliebenen kranken und verwundeten Angehörigen unserer Heere verdient volle Anerkennung. Zu Weihnachten und zu Ostern wurden Geld und Liebesgaben gesammelt. Unsere Damen pflegten unsere Soldaten mit anerkennenswerter Hingebung.

Liebevoll war auch die Behandlung der Kriegsgefangenen, von denen in Lemberg mehrere Tausend versteckt gehalten wurden, obwohl den Quartierwirten im Fall der Entdeckung schwere Strafen drohten. Der Direktor der städtischen Elektrizitätswerke Tomicki stellte fast hundert Gefangene an. Wir Eingeweihte erkannten sie bei verschiedenen Beschäftigungen. Zu ihrer Unterstützung wurden Geldsammlungen veranstaltet.

Und wiederum muss ich fragen: Wäre dies in der Stadt möglich gewesen, falls sie in ihren Mauern so viele russophile Elemente beherbergt hätte, wie man tendenziös oder wegen Mangels an wahrheitsgetreuen Informationen in Wien und sonstwo angenommen hat?

Wenn man schon der eigenen persönlichen Sicherheit wegen Galizien bzw. Lemberg verlassen hatte, diese in guten Zeiten so teure und liebe Heimatstadt, so sollte man doch wenigstens mit dem Urteil über unsere politische Haltung ein wenig vorsichtiger sein. Man sollte bedenken, dass es ziemlich leicht ist, in Wien oder anderswo ausserhalb der okkupierten Gebiete unter dem Schutze des Staates mit der Loyalität zu prahlen;

in Lemberg galt die noch so bescheidene Kundgebung der Loyalität in den Augen der russischen Machthaber als „Demoralisierung der ruhigen Bevölkerung“ und Zeichen einer verfeimten politischen Gesinnung. Mich selbst wollten die Russen im Februar wegen meiner Haltung als „demoralisierendes Element“ nach Russland verschicken, und nur meiner sozialen Stellung habe ich es zu verdanken, dass ich der Gefahr entging.



XIX.

Das Abflauen des Einflusses des „Słowo Polskie“.

Wo steckten denn die polnischen Russophilen?, wird man fragen.

Grösstenteils in der Redaktion des „Słowo Polskie“ oder sie verhandelten mit den Russen über lukrative Geschäfte und unternahmen Geschäftsreisen. Sie repräsentierten die Sorte der Russophilen aus Geschäftsrücksichten, die unbekümmert um politische Programme, die lukrative Situation für sich ausnützen wollten. Dass in dieser Sorte der Russophilen die Gegner der Allpolen zu finden waren, braucht nicht des Näheren ausgeführt zu werden. In der Stadt waren sie ohne Einfluss, ohne Geltung, ganz vereinsamt.

In den Zeitungen, so im „Słowo Polskie“ in erster Reihe, konnte man natürlich die abgedroschene Phrase lesen, dass hinter „uns“ beinahe die ganze öffentliche Meinung stehe.

Ich muss gestehen, dass in den toten Buchstaben des „Słowo Polskie“ sehr viel Russophilismus zum Vorschein kam; aber lebendig war er nicht; das grosse Publikum war ohne Unterschied der Parteien gegen die Russen.

Trotz aller Versuche war das „Słowo Polskie“ nicht imstande den verlorenen Einfluss auf die Gemüter der Leser wiederzugewinnen; der unvermittelte gewaltige Frontwechsel hatte geradezu abstossend gewirkt. Hat doch die Redaktion in der Neujahrsnummer selbst bekennen müssen, dass sie vor der Invasion „ihre Pfade ein wenig krumm gestaltet habe“. Gemeint ist, was die Zeitung vom Kriegsausbruch bis zur Invasion schrieb und was im schroffen Gegensatz zu der nunmehrigen Haltung stand.

Der Chefredakteur Sigismund Wasilewski veröffentlichte jetzt eine Reihe von Aufsätzen, in denen er den Anschluss an Russland als der polnischen Sache vorteilhaft hinzustellen versuchte, wobei in langatmigen Phrasen immer derselbe Gedanke wiederkehrte, dass Oesterreich seinen selbständigen Willen zu Gunsten Preussens aufgegeben habe, dass der Sieg des Drei- bzw. Vierverbandes als sicher vorausgesetzt werden müsse, dass die rein polnische Denkungsart es mit Russland, die jüdische dagegen es mit den Centralmächten halte, wobei die Niederlage Oesterreichs als Tatsache hingestellt wurde. (N. l. 8/915 — N. 576/914. N. 124, 156/915).

Dass aber diesen Aufsätzen keine Ueberzeugungskraft innewohnte ersieht man daraus, dass derselbe Sigismund Wasilewski in einem andern Artikel ohne weiters bekennt, „es wäre doch

praktischer eine gewisse Reserve zu bewahren und seine Ansichten nicht zu offenbaren“ (N. 8/915).

Man war sich im Lager des „Słowo Polskie“ seiner Isoliertheit vollkommen bewusst. Man ging gegen die Kritiker und Skeptiker in vielen Artikeln unbarmherzig los (N. 47/915, 53/915, 92/915); man wollte sich offensichtlich vor der aufgeheizten öffentlichen Meinung verteidigen und schliesslich gab man unumwunden zu, dass „ein Prozess der Umgruppierung der polnischen Gesellschaft im Gange sei“; man stellte auch fest, dass die überwiegende politische Mehrheit in Galizien österreichfreundlich gesinnt sei, „dass die National-Demokraten von gestern die vermessenen Feinde der national-demokratischen Idee geworden“ seien und führte Klage darüber, dass die Anhänger der österreichischen Idee Skepticismus verbreiteten(!) (NN. 162, 164, 179/915).

Diese Bekenntnisse der Redaktion des „Słowo Polskie“ bestätigen nun meine oftmals oben ausgesprochene Behauptung, dass die russophilen Tendenzen in Lemberg nur ganz vereinzelt vertreten waren, dass die Parteiangehörigkeit nicht ohne weiteres für oder gegen den Russophilismus die Entscheidung brachte.

In einer so kritischen Kriegszeit ist jeder für sich allein verantwortlich. Daraus folgt, dass weder der einzelne für die Partei noch die Partei für den Einzelnen verantwortlich gemacht werden kann, umsoweniger als in Kriegszeiten das politische Parteileben und der Parteeinfluss nur sehr schwach wirken können. Die Arbeit der Parteien als solcher hat in der Hauptsache zu ruhen.

Dass man in Galizien nach der Wiedereroberung durch allgemeine Verdächtigungen und Verleumdungen breiter Volksschichten und Gesellschaftsklassen viel gesündigt hat, wird die nächste Zukunft zeigen.

Wenn die politische Polizei und die Kriegengerichte ihre Arbeit beendigen und wenn die Zahl deren feststeht, die als politisch kompromittiert Lemberg und überhaupt Galizien verlassen mussten, wird man erst annähernd genau über den Umfang der russenfreundlichen Stimmung der galizischen Polen urteilen können.

Ich hoffe zuversichtlich, dass auch die Presse sich zu einem streng objektiven Standpunkt erheben und objektiv die Tatsachen verzeichnen wird. Jede Entstellung der Wahrheit vergrößert die allgemeine Desorientierung.

Ein Berichterstatter eines angesehenen Blattes unterhielt sich mit mir nach Befreiung Lembergs viel über die Zustände während der Invasion. Er fragte mich, ob es wahr sei, dass der bekannte orthodoxe Erzbischof Eulogius das ganze kostbare Mobilar der in Lemberg innegehabten Wohnung beim Verlassen der Stadt nach Russland mitgenommen habe. Ein solches Gerücht war nämlich in Lemberg im Umlauf. Auf Grund meiner Informationen war ich in der Lage, dem Herrn Berichterstatter zu versichern, dass das Gerücht den Tatsachen nicht entspricht. Das war Ende Juni, und erst Ende September 1915 erfuhr ich, dass in jener Zeitung behauptet worden ist, der Erzbischof habe sich tatsächlich die ganze wertvolle Einrichtung angeeignet.

XX.

Die russischen Tschinowniks in Lemberg.

Wenn es in Lemberg noch an österreichischer Loyalität fehlte, so sorgte der russische Tschinownik fleissig für Besserung. Ueber sein Walten einige Worte!

Die russischen Beamten wirtschafteten bei uns etwa 9. Monate, denn den ersten Monat der Besetzung regierte das Militär.

Laut dem obenerwähnten Amtsprogramm des Gfn Bobrińskij sollten die russischen Ordnungen schrittweise eingeführt werden. Eingeleitet wurde diese Aktion durch Ernennung der Gouverneure, Bezirksvorsteher und der russischen Polizei. Das Beamtentum abgesehen von subalternen Post-, Bahn- und Finanzbeamten, die zur Stärkung des Russentums massenhaft nach Galizien entsendet wurden, bestand überwiegend aus Polizei und Ochrana.

Zunächst muss ich feststellen, dass man uns mit der möglichst schlechten Auslese der russi-

schen Beamten bedachte. Ein unbedingt glaubwürdiger polnischer Edelmann aus Russland versicherte mir auf Grund genauer Kenntnis der Verhältnisse, dass man nach Galizien nicht die besten, wie man anzunehmen geneigt wäre, sondern die schlechtesten Elemente schickte — auch ein Beweis der grossen Sympathien, deren wir Polen in der russischen Presse und in den heuchlerischen Reden verschiedener russischer Nationalisten uns erfreuten.

Der Leitgedanke, der diesen Beamten bei Ausübung ihrer Gewalt vorschwebte, bestand hauptsächlich darin, das Publikum in steter Panik zu erhalten und sich nach Möglichkeit die Taschen zu füllen.

Zahlreiche Spitzel führten den Beamten reichliches Material zu. — Deshalb war auch Lemberg von einem dichten Netz männlicher und weiblicher Spione umspinnen. In öffentlichen Lokalen, auf den Strassen, in Theatern, Tramways und Kinos stiess man auf Spione, so dass man sich nur flüsternd unterhielt und fortwährend umsah, ob nicht ein Fremder horche. Die Zuträger von Material mussten nach reicher Beute fahnden, denn davon war die fernere Beschäftigung abhängig. Fehlte es an Anzeigen, so drohte dem Agenten die Entlassung und der Verlust eines guten Einkommens. Bei der Höhe des Honorars kann es nicht Wunder nehmen, dass die Russen — man muss es leider offen gestehen — ganze Scharen von Agenten züchteten oder fanden. Es kam nicht selten vor, dass bei einem Wortwechsel, bei einer Zänkerei ein Gegner dem andern zurief: „Ich werde dich bei der Polizei anzeigen“.

Ganz geringfügige Vorwände reichten aus mit der Polizei in Konflikt zu geraten, besonders wenn man den Ruf eines wohlhabenden Menschen genoss. Sehr oft wurden überhaupt ohne jeden Vorwand Hausdurchsuchungen und Verhaftungen vorgenommen um, wie erwähnt, das Publikum in steter Angst zu erhalten. Die Beamten operierten in der Regel in tiefer Nacht, wodurch das ganze Treiben noch mehr Schrecken verbreitete. Es ist wirklich wahr, wenn ich sage, dass Niemand, der sich zu Bett legte, wusste, ob er ruhig am anderen Morgen aufstehen werde, mochte er ein noch so reines Gewissen haben. Die erste Frage, die die Bekannten morgens beim Zusammentreffen gegenseitig stellten, war, ob nachts bei jemandem eine Hausdurchsuchung oder Verhaftung stattgefunden habe. Wie die bejahende Antwort auf die Psyche des einzelnen einwirkte, braucht kaum erörtert zu werden. Wochenlang sassen die Verhafteten in überfüllten Kerkern ohne verhört worden zu sein und über die Ursache ihrer Verhaftung irgend etwas erfahren zu haben. Sehr oft liess man sie wiederum frei, um nur Platz für die unaufhörlich zuströmenden neuen Opfer zu haben.

Sehr gern bedienten sich die Russen der Geldstrafen. Als Regel galt für die angebliche Uebertretung einer polizeilichen Anordnung eine Strafe von 3000 Rubeln oder 3 Monaten Arrest. Auf die Vermögenslage des Delinquenten wurde kaum Rücksicht genommen. Individuen, die in ihrem ganzen Vermögen nicht einmal 1000 Kronen hatten, erblickten ein Strafmandat über 3000 Rubel, weil man sehr oft dabei einen Nebengedanken hatte. Man liess nämlich den Verurteilten erfahren,

dass eine diskrete Nebeninstanz bestand, die gegen Erlegung eines bedeutend kleineren Betrages von der verhängten Geldstrafe befreite. Wem das Bestechungsgeld zukam, braucht nicht nachgewiesen zu werden. Sicher ist, dass der russische Staatsschatz oder etwa die Armen davon nichts profitierten. Arm waren ja schliesslich auch die Tschinowniks, die bekanntlich vom Staatsärar sehr niedrig bezahlt zu werden pflegen.

Allmächtig waren diese Polizisten und noch in höherem Grade die politische Gendarmerie und die Ochrana. Wer in ihre Klauen geriet, dem half sogar die Protektion des General-Gouverneurs nicht. Deshalb war auch der Gouverneur nicht geneigt, bei dem Chef der Ochrana zu intervenieren. Derartige Fälle sind in Lemberg bekannt geworden.

Und diese unermessliche Tücke, Heuchelei und Grosssprecherei, die unter fortwährender Unterdrückung der Wahrheit und der eigentlichen Handlungsmotive von der Polizei angewendet wurde!

Die russische Polizei war unerschöpft in ihren kleinen Mitteln.

Im Frühjahr brauchten die Russen viele Arbeiter zum Bau von Schützengräben. Freiwillig meldete sich niemand, auch ein Anzeichen, nach dem man die hiesigen russischen Stimmungen beurteilen kann. Die Polizei wusste sich in der Not zu helfen. Man kündigte an, dass auf verschiedenen öffentlichen Plätzen Militärkapellen, Konzerte veranstalten würden. Zahlreich strömten die Zuhörer herbei. Doch es kamen auch Polizisten, die auf einen gegebenen Wink die Leute

umzingelten und abführten. So waren Arbeiter gefunden. Dies gelang aber nur im Anfang. Da griffen die Polizeiorgane zu einem anderen noch einfacheren Auskunftsmittel. Sie liessen einfach die männliche Bevölkerung auf der Strasse aufgreifen und zur Arbeitstelle schleppen. Die Kenner des internationalen Rechtes und der Bestimmungen der Hager Konferenz werden zugeben, dass dieses Verfahren vollkommen rechtswidrig war.

Das Treiben der Russen, das an die berühmten Sklavenjagden erinnerte, hatte zur Folge, dass die Stadt auch an hellen, schönen Maitagen wie ausgestorben aussah. Die Männer wagten sich nicht auf die Strasse. Auch die angesehensten Persönlichkeiten mussten sich, wollten sie unbehelligt bleiben, durch Protektion einen Passierschein verschaffen, worin ausdrücklich vermerkt wurde, dass der Inhaber nicht zur Schützengrabensarbeit gezwungen werden dürfe.

Wegen dieser seltsamen Art der Beschaffung von Arbeitern führte unser Bürgermeister beim Grafen Bobrińskij Klage. Das Resultat war, wie gewöhnlich. Der Graf drückte sein Bedauern aus, beteuerte, dass er damit nicht einverstanden sei, — doch die Polizei hatte bereits ihre Arbeit vollbracht. Ich weiss nicht, ob es nur Zufall war, dass die vom Generalgouverneur ausgesprochene Missbilligung in der Regel zu spät kam!

Die russischen Behörden versuchten nach aussen die Vorstellung zu erwecken, alsob hierzulande alles mit der neuen Regierung zufrieden sei. Jeder Versuch die Hoffnung auf Wiederkehr unserer Heere zu stärken, wurde als Beunruhigung der Einwohner geahndet.

Ein Jude, der das Gerücht wiederholte, als ob unsere Heere Rzeszów wiedererobert hätten, wurde zu einer hohen Geldstrafe verurteilt „für die Ausstreuung von beunruhigenden Gerüchten“. Auf die inständige Bitte des Verurteilten, ihm zu sagen, was er Beunruhigendes verbreitet haben sollte, erwiderte hochmütig der Polizeibeamte: „Sie haben behauptet, dass Rzeszów genommen ist“. „Verzeihen Sie, rief der Jude aus, jeder, dem ich es sagte, war darüber höchst erfreut“.

Infolge des unerwarteten Rückzugs konnten die Russen die massenhaft arretierten Häftlinge, nicht einmal oberflächlich einem Verhör unterziehen. Daraus erklärt es sich, dass sie Hunderte und wieder Hunderte von Verhafteten knapp vor dem Verlassen von Lemberg nach Russland schleppten.

Die Tücke, Rücksichtslosigkeit, Brutalität und Gewinnsucht der russischen Tschinowniks liess die verschwindend kleine Zahl der Russenfreunde noch mehr zusammenschmelzen und veranlasste sogar die russophilen Rutenen ganz unverhohlen ihrem Unmut über das widrige Treiben Ausdruck zu verleihen.

Ich frage: Waren diese Zustände, die ich nur fragmentarisch zeichnen kann, danach angetan, in Lemberg russophile Tendenzen zu nähren? Ist sonach anzunehmen, dass die vom Censor geleitete und beeinflusste Presse, dass das „Słowo Polskie“ in der Lage war, entgegen dieser Sprache der Tatsachen Jemand, von einigen Hitzköpfen abgesehen, russenfreundlich zu stimmen?



XXI.

Die politische Richtlinie Russisch-Polens.

Man könnte mir entgegenhalten, dass die russefreundliche politische Haltung unserer Volksgenossen in Russisch-Polen infolge der Besetzung Lembergs einigermassen unsere Stellung in Galizien zu Gunsten Russlands beeinflussen musste. Nach genauer Einsicht in die Verhältnisse erweist sich diese Behauptung als nicht stichhältig.

Wahr dürfte nur sein, dass die Redakteure des „Słowo Polskie“, die aus Russisch-Polen stammten und seit Jahren enge Beziehungen mit dem bekannten Politiker Dmowski, dem Verfechter der Idee der Aussöhnung mit Russland unterhielten, sich seinen Standpunkt aneigneten, geblendet durch die momentan von Russland auf dem galizischen Kriegsschauplatze erzielten Erfolge und unbekümmert um die loyale Haltung ihrer eigenen Partei. Ja sie überboten sogar Dmowski in der praktischen Durchführung ihrer Auffassung. Die Dmowski'sche Aussöhnungs-

politik war nur der Ausdruck einer politischen Raison, keine Hingebung mit Herz und Seele an die Russen.

Ich sprach während der Invasion mit verschiedenen politischen Persönlichkeiten aus Polen. Sie alle verwarhrten sich gegen die Unterstellung als-ob ihre politische Haltung unbedingte Sympathien für Russland zur Voraussetzung habe; sie setzten auseinander, dass sie-im Interesse unserer Nation es für zweckmässig erachteten dem russischen Staate gegenüber sich korrekt zu verhalten, mit-hin, um es gerade herauszusagen, jeden Gedanken an Aufruhr perhorreszierten und sich in ihrer Stellungnahme auch nicht von den galizischen Polen beeinflussen liessen. Damit erklärt sich, dass sie sich sogar wunderten, dass das galizische „Słowo Polskie“ exorbitant russophil schreibe.

In einer Konferenz beim Präsidenten Rutowski, die im Mai stattfand, verteidigten sich mehrere Politiker aus Warschau sehr entschieden gegen den Vorwurf des Russophilismus. Liest man jedoch den bekannten Aufruf des Warschauer National-Komitées, so findet man allerdings starke Akzente für Russland. Dies kann nicht befremden, wenn man erwägt, dass Dmowski die Seele dieses Komitées war, dem trotz aller Bemühungen zahlreiche politische Parteigruppierungen sich nicht anschlossen.

XXII.

Urteile russischer Regierungskreise über die politische Gesinnung der Polen in Galizien.

Interessant wäre es zu erfahren, wie die in Galizien regierenden russischen Machthaber über die politische Gesinnung der galizischen Polen dachten. Darüber können uns manche Aeusserungen einen Aufschluss gewähren.

Ich führe die Ansichten des General-Gouverneurs von Galizien und des Dumaabgeordneten Tschichatschew an. Diese Personen können sozusagen als Entlastungszeugen bei Prüfung des Vorwurfs des Russophilismus dienen.

In einem Gespräch mit dem Korrespondenten eines Petersburger Blattes liess sich der General-Gouverneur über die politische Gesinnung der polnischen Bevölkerung aus. Er teilte die galizischen Polen in drei Kategorien ein, indem er meinte: „1) die österreichfreundlich gesinnten Polen haben mit der österreichischen Truppe Lemberg verlassen, 2) der übrig gebliebene Rest ge-

hört entweder zu der Gruppe der uns Gewogenen oder aber zu den Wankenden. Ich verstehe — sagte der Gouverneur — dass die galizischen Polen keinen besonderen Grund hatten, zu uns Liebe zu empfinden. Indessen im Namen des von den Polen gepflegten Ideals der Vereinigung Polens lichten sich die Scharen der Wankenden und es wächst die Zahl derer, welche die künftige Wiedergeburt Polens an Russlands Schicksal knüpfen“.

Wenn man bedenkt, dass es dem Gouverneur daran gelegen war, nach aussen hin den Eindruck zu erwecken, alsob dank seiner Regierungskunst sich die politischen Zustände in Galizien vorteilhaft gestalteten, so wird man diese gouvernementale Aeusserung, speziell bezüglich der Gruppe „der Wankenden“ als genügenden Entlastungsbeweis anerkennen.

Der Generalgouverneur ging bei der politischen Einteilung der Polen von der Ansicht aus, dass seit dem Falle von Przemyśl das Verhältnis der heimischen Bevölkerung zu den Russen sich prinzipiell geändert habe. „Nach dem Fall von Przemyśl ist die Gefahr der Wiederkehr der österreichischen Truppen vorbei. Die Bevölkerung drückt uns unverhohlen ihre Sympathie und Gewogenheit aus“. — Es war offenbar auch dem Gouverneur bekannt, dass nach der vulgären Auffassung, Galizien trotz seiner Besetzung, so lange sich die Festung Przemyśl hielt, als in der österreichischen Machtssphäre liegendes Gebiet erachtet wurde.

Es hätte wohl keinen Zweck heute mit den Ansichten des Gouverneurs zu polemisieren. Ich

will nur an das oben im anderen Zusammenhange Gesagte erinnern, wie unsere Bevölkerung die traurige Kunde von dem Falle der Festung aufgenommen hat. Die Verzweiflungsszenen, die sich an dieses Ereignis knüpften, widerlegen wohl zur Genüge die Behauptung, dass seit diesem Momente die Bevölkerung ganz offen ihre Gewogenheit den Russen zeigte. Unwiderleglich wahr ist nur die Behauptung des Gfn Bobrińskij, dass die galizischen Polen keinen besonderen Grund hatten zu den Russen eine besondere Liebe zu empfinden.

Auch das Manifest des Grossfürsten war nicht imstande sie umzustimmen. Denn soweit Gf. Bobrińskij sich über die Verwirklichung des Manifestes äusserte, tat er es so vorsichtig und verlausulliert, dass er keinen Eindruck machte.

In einem Interview vom November 1914, sagte der Graf, dass die westgalizischen Gebiete „wahrscheinlich“ mit dem polnischen Besitz als dessen Bestandteil, verbunden würden, womit im schlechten Einklang der Umstand stand, dass nach dem Fall von Przemyśl und der Kreierung des vierten Gouvernements Przemyśl, rein polnische Gebiete Westgaliziens diesem als russisch bezeichneten Gouvernement zugeteilt wurden.

Der Dumaabgeordnete Tschichatschew, Hofstallmeister, der einige Monate zur Dienstleistung dem Generalgouverneur zugeteilt war, fand auch Gelegenheit sich zu einem Korrespondenten eines Petersburger Blattes über die politischen Zustände in Galizien auszusprechen.

Er verwahrte sich gegen jede Möglichkeit, dass Galizien an Oesterreich zurückkehren könnte,

lobte die loyale Haltung der Polen, Ruthenen und Juden den russischen Behörden gegenüber und erkannte die alten Privilegien und Errungenschaften der polnischen Bevölkerung auf dem kulturellen Gebiete an.

Speziell bezüglich Lembergs sah sich Herr Tschichatschew bemüssigt zu betonen, dass hier „nur eine Bevölkerungsschichte uns gegenüber sich unfreundlich benimmt — die ehemaligen (!) österreichischen Beamten, welche ohne alle Mittel zum Leben zurückgeblieben sind“ („Słowo“ N. 10/915).

Bedenkt man, dass das Wort Intelligenz besonders in Lemberg in seinem konkret greifbaren Ausdruck die verschiedenen Beamtenkategorien umfasst, dass die Meinungen der Beamtenschaft, wenn auch nicht ausschliesslich, so doch überwiegend die Summe dessen ausmachen, was man als öffentliche Meinung darzustellen pflegt, so hat in meinen Augen auch diese Aeusserung als eine schlagende Widerlegung der Behauptung zu gelten, als ob hier in Lemberg russophile Gesinnung jemals in breiteren Gesellschaftskreisen geherrscht hätte. Zieht man die Intelligenz, die Beamten ab, so bleibt die farblose Volksmasse, die — wie ich oben gezeigt habe — in ihrem Kern, ohne natürlich zu politisieren, österreichfreundlich war.

Sonach ergibt sich aus der genauer betrachteten Aeusserung des Herrn Tschichatschew nur so viel, dass sich Polen, Ruthenen und Juden den russischen Behörden gegenüber „loyal“ benahmen, unter loyalem Benehmen das korrekte Benehmen, abgesehen von der Gesinnungsfrage, verstanden.

Bezeichnend ist die Äußerung des Herrn Tschichatschew noch in einer Beziehung.

Es ist Tatsache, dass die national-demokratische Partei (die Allpolen) in den Beamtenreihen nicht ohne Anhang war. Viele von ihnen haben besonders auf dem Gebiete der Volksaufklärung in der Stadt und auf dem flachen Lande ein gutes Stück Arbeit geleistet, ohne natürlich über die Staatsgrenzen politisch hinauszugreifen und ohne von der slavophilen Aussöhnungs-Politik des Herrn Dmowski etwas zu wissen. Herr Tschichatschew sagt nun, dass diese Beamten, in deren Reihen auch die mit den Allpolen sympatisierenden Beamten waren, sich gegen die Russen „unfreundlich“ stellten. — Demgegenüber behauptet man sehr oft hierzulande und in der fortschrittlichen Presse, die Allpolen seien zweifellos russophil. Ich stelle nur diese kontradiktorischen Behauptungen zusammen und überlasse ganz ruhig dem Leser die Entscheidung.



XXIII.

Beamtengehaltsfrage während der Invasion.

Ich wende mich jetzt noch speziell der Beamtengehaltsfrage zu, die, wie sich zeigen wird, einiges Material zur Illustration der politischen Physiognomie Lembergs bietet. Gerüchtweise verlautet, dass in Wien auch die Lemberger Beamten angegriffen und der Illoyalität bezichtigt wurden.

Nach Besetzung Lembergs blieben in der Stadt über 12.000 Beamte verschiedener Kategorien zurück. Die vorher nicht angekündigte Evakuierung Lembergs ging so rasch von statten, dass viele nicht mitzukommen vermochten. Am letzten Augusttage erhielten die Beamten zwar grösstenteils ihre Bezüge für September, doch es gab auch solche, die leer ausgingen. Es verlautete, dass die Fonds zur Auszahlung der Gehälter für drei Monate im voraus bei der Landeskasse verfügbar waren. Warum aber die Auszahlung unterblieb und die Beamten keine strikten Anweisungen für

den Fall der Evakuierung Lembergs erhielten, das entzieht sich natürlich meiner Beurteilung. Tatsache ist, dass über 12.000 österreichische Beamte in Lemberg während der Invasion sich aufgehalten haben. Ende September 1914 wurde die Gehaltsfrage brennend.

Die Vertreter verschiedener Beamten-Verhände wandten sich an mich mit der Bitte in gemeinsamer Konferenz Mittel und Wege zu beraten, um die Gehaltszahlung in Fluss zu bringen. Zuerst dachte man an die Entsendung einer Beamtendelegation nach Neu-Sandez, wo damals die galizische Statthalterei ihren Amtssitz hatte. Der damalige Stadtgouverneur Scheremeteff war auch geneigt, der auszusendenden Delegation militärische Assistenz zu geben. Bei näherer Betrachtung aber erwies sich dieser Plan als schwer durchführbar. Es tauchten berechtigte Zweifel auf, ob unsere Regierung sich entschliessen könnte, einen grösseren Geldbetrag den Delegierten auf die Gefahr hin anzuvertrauen, dass die ganze Summe als Kriegsbeute in feindliche Hände falle. Stadtgouverneur Scheremeteff erklärte auch dem Präsidenten Rutowski, dass er keine Garantie für diese Gelder übernehmen könne.

Inzwischen trat Graf Bobrińskiej sein Amt an und wie sich nachher zeigte, war er oder überhaupt die regierenden russischen Kreise bestrebt, aus der Beamtengehaltsfrage ein Politikum zu machen.

Eine Zeitlang wurde das Einschlagen der diplomatischen Wege erörtert und die Vermittlung des amerikanischen Botschafters in Petersburg in Aussicht gestellt. Es dauerte jedoch ziem-

lich lange, bis der General-Gouverneur die entsprechende Depesche des Präsidenten Rutowski durchliess. Natürlich kam keine Antwort, auch nicht, als wir wiederholt urgierten, so dass in uns der Zweifel aufstieg, ob die Depesche an ihre Adresse geleitet worden sei und die amerikanische Gesandtschaft in Petersburg sich in dieser Frage an das Wiener auswärtige Amt gewandt habe.

Die Lage der Beamten wurde von Tag zu Tag trostloser und nirgends zeigte sich ein Hoffnungsstrahl, obwohl manche Nachrichten hierher aus Wien ankamen und überhaupt über die neutralen Staaten die Verständigung mit Wien möglich war.

Das Beamtenelend wurde im Spätherbst notorisch. Viele Beamten waren gezwungen die städtische Wohltätigkeit in Anspruch zu nehmen, Beamte höheren Ranges suchten die Volksküchen auf und führten mit ihren Familien ein armseliges Dasein in ungeheizten Wohnräumen, die man dank dem verlängerten Moratorium glücklicherweise nicht zu bezahlen brauchte.

Manche Beamten und Lehrer versuchten auf dem Wege der Selbsthilfe sich zu retten. Ich kenne so manchen, der mit Holzspalten sein Leben fristete und sich so kleidete, dass man ihm den Beamten nicht ansah. Viele verrichteten Mäklerdienste, andere wiederum etablierten sich als Greisler und Verschleisser. Man schmiedete zur Bezeichnung dieser neuen Art von Beruf den Kunstausdruck „bürgerlicher Kaufmann“.

Ich kam schliesslich auf die Idee im Wege städtischer Selbsthilfe die katastrophale Lage der Beamten zu bessern. In mehrmaligen Konferenzen,

an denen einmal auch unsere beiden Erzbischöfe und andere angesehene Persönlichkeiten sich beteiligten, wurde der Vorschlag der Bildung eines Konsortiums des näheren erörtert, das unter Führung der hiesigen Banken in Vertretung und auf Rechnung des Staatsärars wenigstens teilweise die Auszahlung der Beamtenbezüge übernehmen sollte. Ich dachte, dass der praktischen Durchführung dieses Planes beim guten Willen unserer Banken nichts im Wege stehe, da ich übrigens wusste, dass infolge stärkerer Belebung des Handels unsere Banken reichlich mit russischem Gelde versehen waren. Meine mehrmaligen Versuche ausschliesslich mit den Banken die Sache zu regulieren, waren anfangs erfolglos. Die Banken standen auf dem Standpunkt der Garantien und hielten die cessionsweise Uebertragung der Beträge eines einzelnen auf die betreffende Bank für unzureichend. Ich war der Ansicht, dass ein in aller Form von der Wiener Regierung auszustellender Garantiebrief, der im Korrespondenzwege zu erwirken wäre, ausreichen sollte. Aber mit diesem Vorschlag hatte ich wenig Glück. Die Banken wollten eine Garantie an Ort und Stelle haben. Doch woher die Garantie nehmen?

Als letzter Rettungsanker blieb die Lemberger Komune und ihr höchstverdienter Präsident Rutowski.

Es war mir nicht leicht, Rutowski, der alle Hände voll zu tun hatte, noch mit der Beamtenangelegenheit zu behelligen. Es gehörte wirklich viel Mut dazu, angesichts der zerrütteten städtischen Finanzen auch diese Bürde noch auf die Komune zu laden. Und nur eine so opferwillige

und grossmütige Persönlichkeit wie Rutowski konnte den Plan gutheissen.

Praktisch war die Sache nur auf die Art durchführbar, dass die Komune sich selbst an dem Konsortium beteiligte. Da sie aber über entsprechende Geldmittel nicht verfügte, so musste Rutowski an ein Darlehen in Form der Schatzscheine denken. Die Emission der Scheine hing natürlich von der Bewilligung der russischen Behörden ab, was ihnen die willkommene Gelegenheit bot, sich indirekt in die Beamtenaffaire hineinzumengen und nach erprobten Mustern auch daraus eventuell politisches Kapital zu schlagen.

Unser Präsident richtete nun eine Anzahl von geistreich redigierten Memoranden an den Generalgouverneur, worin unter anderen die Notwendigkeit der Emission auch damit motiviert wurde, dass ein Teil der emitierten Schatzscheine zur partiellen Deckung der Beamtenbezüge dienen solle. Es verstrichen wiederum lange Wochen; die Lage der Beamten wurde immer kritischer. Die Bewilligung blieb aus oder, richtiger gesagt, es verzögerte sich die endgiltige Erledigung.

In dieser Beamtenaffaire hatten wir die beste Gelegenheit das Janusgesicht der russischen Machthaber zu bewundern, die anders sprachen und anders handelten.

Die Beamtenfrage war eine zeitlang das Lieblingsthema der russischen Presse, die dem Missmut über die angebliche Rücksichtslosigkeit der österreichischen Regierung gegen die eigenen Beamten lauten Ausdruck gab.

Der Generalgouverneur fand mehrmals die Gelegenheit, sich vor fremden Journalisten darüber

auszusprechen. Aus seinen Worten wehte das Mitgefühl mit den verlassenem Beamten. Der Graf liess durchblicken, dass es ihm sehr erwünscht wäre, wenn die Beamten zu ihm kommen und ihm ihre Not und Bedrängnis klagen würden.

Auch das „Słowo Polskie“ bemühte sich durch überaus affektierte Erörterung der Angelegenheit sich als Patron und Wortführer der Beamten aufzuspielen, wobei es die Entsendung einer Beamtendeputation zum General-Gouverneur vorschlug. (Słowo Polskie N. 493, 526/914).

Die Bewilligung zur Emission der Schatzscheine wollte nicht eintreffen, obwohl unser Präsident bei jeder Gelegenheit schriftlich und mündlich sich beim Gouverneur dafür einsetzte.

In den Beamtenkreisen — das muss ich mit grossem Nachdruck feststellen — fiel trotzdem Niemand ein die Absendung einer Deputation an den Generalgouverneur zu befürworten. Diese Tatsache ist umso bemerkenswerter, als bekannt war, dass der General-Gouverneur sich nach einer derartigen Beamtenbegrüssung sehne. Ausserhalb der Beamtenkreise liessen sich Stimmen vernehmen, die ihnen nahelegten, dass sie ohne eine Inkorrektheit gegenüber ihrem Staate zu begehen, diesen Akt der gewöhnlichen Courtoisie unternehmen könnten. Doch die Beamtenschaft wusste nur zu gut, dass man von ihr im gewissen Sinne eine gesteigerte Loyalität zu fordern berechtigt ist.

Präsident Rutowski unterliess keine Gelegenheit, dem Generalgouverneur die Angelegenheit der Schatzscheine in Erinnerung zu bringen, wobei sich ergab, dass die Sache für so wichtig gehalten wurde, dass sie an die oberste Heereslei-

tung gesandt war, Später gelangte sie zur Prüfung an die Petersburger Regierung. Endlich kam gerade zu Neujahr 1915 Präsident Rutowski in die Lage uns mitzuteilen, dass die Emission der Schatzscheine, also mittelbar auch die Beamtenvorschussfrage endgiltig durch ein vom Zaren (!) unterfertigtes Dekret im bejahenden Sinne entschieden sei.

Die Probe der Loyalität haben die Beamten glänzend bestanden; ihre Not war ihnen nicht — wie es oft geschieht — ein schlechter Berater.

Kein Wunder, dass der Generalgouverneur gelegentlich äusserte, die österreichischen Beamten seien unversöhnlich. Herr Tschichatschew hat mit seiner Bemerkung, dass unsere Beamten den Russen nicht gewogen seien, den Nagel auf den Kopf getroffen.



XXIV.

Die letzten Tage.

Parallel mit den russischen Niederlagen in Galizien wuchs die Drangsalierung der ruhigen Bevölkerung durch die russischen Behörden, deren letzte Anordnungen eine wahre Sintflut des Hasses gegen die Russen heraufbeschworen.

Ich will nur bei einer russischen Massregel des längern verweilen. Sie war für die männliche Bevölkerung bestimmt und versetzte durch die Art und Weise wie ihre Ausführung angekündigt wurde, Tausende in eine wahre Verzweiflungslage.

„Zur Vermeidung der Assentierung der männlichen Bevölkerung im Alter vom 18 bis zum 50 Lebensjahre hat der Oberkommandierende der süd-westlichen Front befohlen, solche Einwohner, die Juden ausgenommen, nach Russland zu senden unter gleichzeitiger Erlaubnis zur Mitnahme der Familie, von Hab und Gut, Vieh und Pferden“. So lautete der erste Absatz der vom Generalgouverneur am 16. Juni 1915 erlassenen Kundmachung. Gott sei dank, dass die Veröffentlichung erst damals erfolgte.

Der zweite Absatz der Kundmachung, der sich gleichsam als Ausführungsverordnung zum ersten Absatz, darstellt, lautet: „Angesichts dessen wird denjenigen, die auf eigene Kosten abzureisen beabsichtigen anheimgestellt (vorgeschlagen) ausser den normalmässigen Zügen die bereitstehenden Nachtragszüge zu gebrauchen. Die Reisepässe werden in der Kanzlei des Generalgouverneurs ausgefolgt. Es wird auch gestattet Handgepäck mitzunehmen“.

Man möge sich lebhaft vergegenwärtigen, in welche peinliche Lage das Gros der männlichen Bevölkerung auf einmal geriet!

Vor allem wirkte ganz unheimlich die scheinbar zu Gunsten der Juden statuierte Ausnahme. Sie bereitete ihnen wenig Freude, sehr viel Kummer, da sie fürchteten, dass für sie noch etwas Schlimmeres vorbereitet werde.

Und ferner. — Man fragte verschiedene Juristen, wie der Erlass zu deuten sei: Ist die Massregel als zwangsweise Anordnung oder aber nur als Vorschlag aufzufassen? Niemand wusste eine bestimmte Antwort zu erteilen, denn in der Verlautbarung stand beides. Die angeblich Eingeweihten aus der Umgebung des Generalgouverneurs fassten natürlich die Anordnung als einen unbedingten Befehl auf. Die grosse Masse der unmittelbar betroffenen stellte sich aber auf den Standpunkt, dass nur dem Zwange und der Gewalt zu weichen sei und machte keine Miene sich dem „Vorschlage“ des Generalgouverneurs zu fügen, auch nicht, als russische Verwaltungsorgane behaupteten, dass man diejenigen, die nicht freiwillig verreisten, etappenweise zu Fuss nach Russland schleppen

würde und als man jeden Tag einige Strassen abspernte und die abgefangenen Militärpflichtigen nach Russland eskortierte. Nebenbei bemerkt, versteckten sich viele Männer, andere stellten das Rasieren ein um älter auszusehen.

Unterdessen schritt die Offensive der verbündeten Truppen lawinenartig fort. Der Boden wurde den Russen von Tag zu Tag heisser unter den Füßen. Mit der grössten Geschwindigkeit schafften sie das noch vorhandene Kriegsmaterial von Lemberg weg und hatten zur strikten Durchführung der in Frage stehenden Verordnung keine Zeit mehr.

Es darf freilich nicht in Abrede gestellt werden, dass das Publikum massenhaft in der Gouvernements-Kanzlei um Reisepässe bat. Dies geschah jedoch nur, um sich vor den Polizeiorganen zur Vermeidung zwangsweiser Abschaffung ausweisen zu können, dass man angeblich zur freiwilligen Fahrt bereit sei. In Wirklichkeit blieb die weitaus überwiegende Zahl der Personen im militärpflichtigen Alter in Lemberg zurück. Fortgefahren sind nur diejenigen, die politisch kompromittiert waren oder zu sein glaubten und furchtsame Naturen, welche die Verlautbarung dahin auffassten, dass deren Nichtbefolgung die zwangsweise Verschleppung nach Russland nach sich ziehen werde.

Es wurde bei uns sogar die Vermutung laut, dass die Verordnung denen zu Liebe erging, die sich politisch kompromittiert hatten und einen Vorwand brauchten, um „in Ehren“ den österreichischen Staub von ihren Schuhen abschütteln zu können.

Und wiederum muss ich fragen: Spricht das Verhalten der Lemberger männlichen Bevölkerung nicht für die treuloyale Hingebung an unsere Monarchie?

In der Durchführung jener Massregel zeigt sich wiederum das Janusgesicht der russischen Regierungsweise: die Liebeswerbung geht Hand in Hand mit Brutalität „Ihr braucht der Monarchie militärisch nicht zu dienen — heisst es — kommt freiwillig nach Russland oder Ihr werdet mit Gewalt fortgeschafft werden“. Die Lemberger antworteten darauf: „Freiwillig gehen wir nicht, obwohl wir wissen, dass unser der Militärdienst harrt“. — Falls der Russophilismus in Lemberg wirklich Wurzel geschlagen hätte, wäre die Haltung der männlichen Bevölkerung bei einem solchen Anlass ganz anders gewesen.



XXV.

Schlussbemerkungen.

Meine Erinnerungen und Betrachtungen sind zu Ende; über die letzten Tage der russischen Herrschaft in Lemberg brauche ich nicht zu berichten. Darüber ist viel geschrieben worden. Es waren wirklich schreckliche Tage. Nur die vollauf begründete Hoffnung der nahen Erlösung verlieh uns die Kraft die empfindlichen Bedrängnisse zu ertragen.

Am Sonntag, den 20. Juni 1915 entriss man uns ohne dass wir es ahnten, das Stadtpräsidium, insbesondere unseren Rutowski, was die allgemeine Beklommenheit nur noch steigerte.

Der seit Kriegsausbruch stark gelichtete Gemeinderat, der sonst 100 Mitglieder zählte, erlitt noch grössere Einbussen, da viele Gemeinderäte als Geiseln nach Russland geschleppt wurden. Die noch übrigen Gemeinderäte, deren Zahl nicht über vierzig betrug, nahmen das Stadtregime in ihre Hände.

Am denkwürdigen Tage des Einzugs unserer Heere in Lemberg, als die ersten Patrouillen in

der Stadt erschienen, beschlossen die vollzählig versammelten Gemeinderäte an Stelle des abwesenden Präsidiums ein Exekutiv-Komitee zu wählen und ihm das Stadttregiment anzuvertrauen. Mich stellte man an die Spitze dieses Komitees. Auf Grund dieser Wahl war ich verpflichtet und legitimiert die Stadt zu repräsentieren. Ich erwähne dies, weil man aus Mangel an zuverlässigen Informationen in Wien und wohl auch sonst, wo mich so mancher aus Parteihass zum Russophilen stempeln wollte, mein Auftreten im Namen der Stadt für nicht ganz begründet erachtete. Meine Wahl zum interimistischen Leiter der Stadtgeschäfte verdankte ich hauptsächlich dem Umstande, dass der Gemeinderat meinen ausgesprochen antirussischen Standpunkt kannte und wusste, wie entschieden ich ihn während der Invasion vertreten hatte. Ich sollte meinen, dass man dies von vornherein bis zum Einlanf anderer zuverlässiger Informationen anzunehmen hätte und ich glaube, es wäre auch geschehen, wenn nicht der Parteihader gewesen wäre, dessen Vehemenz nicht einmal der grosse Krieg zu schwächen vermochte.

Unangenehm wirkte auf uns in den ersten Tagen nach Befreiung Lembergs die Neigung mancher galizischer Flüchtlinge Verdächtigungen gegen unsere Bevölkerung auszusprechen. Ich darf ohne Uebertreibung sagen, dass wir mit innerer Wehmut sahen, wie argwöhnisch man uns entgegentrat, obwohl wir ein reines Gewissen hatten.

Ich weiss nicht, ob bereits heute unser Verhalten während der Invasion überall ausserhalb Lembergs richtig beurteilt wird. Ich würde mich daher glücklich schätzen, wenn meine Darlegun-

gen, wenn auch in bescheidenem Masse, zur Verbreitung richtiger Ansichten beitragen würden.

Ich brauche nicht zu versichern, dass meine Angaben nach bestem Wissen wahrheitsgetreu sind. Ich berichte über Vorgänge, deren unmittelbarer Zeuge ich grösstenteils war oder die mir von unbedingt glaubwürdiger Seite bestätigt worden sind. Ich übernehme auch für die Richtigkeit der oben geschilderten Vorgänge und Tatsachen die volle Verantwortung.

Ueber unsere Nation, die inmitten dieses grossen Weltkrieges in eine höchst kritische Lage geraten ist, wird die Folgezeit zu urteilen haben. Ich glaube, bereits heute mehren sich die Anzeichen, dass von dem Richterstuhl der Weltgeschichte folgendes Verdikt ergehen wird:

„Die Polen haben es verstanden, ihre heisse Vaterlandsliebe, ihre Sehnsucht nach der nationalen, politischen und bürgerlichen Freiheit mit der angeborenen Fürstentreue in Einklang zu bringen. Wo der Widerstreit zwischen dem Ideal der nationalen Freiheit und dem dem Herrscher geleisteten Eide die Nation in eine sehr schwierige Situation versetzte, wie in Russisch-Polen, liessen sich die Polen von dem Wege der Untertanenpflicht nicht abbringen und lieferten damit den Beweis, dass sie für jeden Staat als staaterhaltendes Element zu schätzen sind. Wo aber die Pflicht zur Fürstentreue vor der Liebe zum nationalen Zukunftsideal zurücktrat, wandte sich der rein polnische Patriotismus Oesterreich zu, auf dessen

Seite polnische Legionäre Wunder der Tapferkeit vollbracht haben“.

Für uns Polen bedeutet der Anschluss an Oesterreich nicht nur den Inbegriff der bürgerlichen, politischen und nationalen Freiheiten und den Anteil an den ideellen Gütern der unverfälschten Kultur, sondern auch vor allem die Anerkennung unserer historischen Traditionen.

Es sei zu allerletzt gestattet an die denkwürdigen Worte zu erinnern, die Seine Majestät, unser erhabener Monarch während des Aufenthaltes in Jaroslau im Jahre 1893 sprach: „Ich bin glücklich, das wir uns wieder in dem Lande begegnen, wo wir uns alle so gut verstehen“.



ANHANG.

XXVI.

Meine Begrüßungsreden aus Anlass des Besuches der hohen Würden- träger.

1) Die Begrüßung des Kommandanten der II. Armee S. Exzell. General der Kavallerie Eduard R. v. Böhm-Ermolli beim Einzug in die Stadt am 22. Juni 1915 (in Freien vor dem galiz. Landtagsgebäude):

„Exzellenz! Im Namen des Stadtrates und der Einwohner der polnischen Stadt Lemberg beehre ich mich in Vertretung des nach Kiew nicht freiwillig abgereisten Präsidiums die siegreiche Armee bei ihrem Triumpheinzug in die Hauptstadt des Kronlandes Galizien freudig zu begrüßen, von Gefühlen durchdrungen, die sich nicht in Worten ausdrücken lassen.

An erster Stelle und vor allem bitten wir Euer Exzellenz unserem Allerdurchlauchtigsten Landesvater, dem erhabenen Monarchen unsere inbrünstigsten Gefühle der unwandelbaren Treue und Loyalität für Kaiser und Reich zu Füßen legen zu wollen.

Die Bevölkerung Lembergs lebte in ihren sämtlichen Schichten ohne Unterschied der Konfession, Nationalität und politischen Parteizugehörigkeit trotz aller Widerwärtigkeiten der Kriegszeit in ihrer Gesamtheit stets der unauslöschlichen Hoffnung, dass die siegreiche Armee unsere Stadt von dem Feinde befreien wird.

Der Tag dieses glorreichen Einzuges in unsere Stadt wird in den Annalen ihrer Geschichte mit goldenen Lettern verzeichnet sein.

Die noch vor einigen Monaten blühende und mit verschiedenen Mitteln und Einrichtungen ausgezeichnet versorgte Stadt ist leider infolge der längeren Besetzung hart mitgenommen.

Indem wir die siegreichen Armeen in diese Stadt herzlich einladen, geben wir die Versicherung ab, dass wir alles, worüber die Stadt noch verfügt, insbesondere die Dienste der Bevölkerung mit aufrichtigster Hingebung der siegreichen Truppe zur Verfügung stellen, die nach so ruhmreichen Taten und so vielen und schweren Opfern bei uns einkehrt.

Euer Exzellenz! Der heutige Tag ist einer der grössten Festtage der Hauptstadt Lemberg und ihrer ganzen Bevölkerung.

Seine Majestät der Allergnädigste Herr, unser Kaiser und König lebe hoch! hoch! hoch!

2) Die Begrüssung S. Exzell. des General-Feldmarschalls v. Mackensen während Seines Aufenthaltes in Lemberg am 23. Juni 1915:

„Exzellenz! In Ihrer Person beehre ich mich die unbezwingbare mitteleuropäische Heeresmacht zu begrüßen.

Die ganze denkende, vorurteillose Welt, ob Freund oder Gegner ist voll von Bewunderung für die glorreichen Siegestaten der bundesgenössischen mitteleuropäischen Truppen, an deren Widerstand die vierfache Allianz unterstützt durch fremde Rassen doch umsonst wie am Granit beisst und umsonst beissen wird.

Wir, Vertreter dieser Stadt, beehren uns im Namen der Stadtbevölkerung Euer Exzellenz als einen der Hauptführer der siegreichen Truppen herzlichst zu begrüßen“.

3) Die Begrüssung Seiner Kaiserlichen Hoheit des Armee-Kommandanten Erzherzog Friedrich aus Anlass des Empfanges im Lemberger Rathaussaale am 24. Juni 1915:

„Euere Kaiserliche Hoheit! Nach Tagen tiefer Trauer wird uns heute noch das grosse Glück zu Teil, dass Euere Kaiserliche Hoheit, Armeekommandant des siegreichen und ruhmvollen Heeres geruht haben, der Hauptstadt des Landes die Ehre Ihres Besuches zu erweisen.

Wir freuen uns, Euere Kaiserliche Hoheit aus diesem geschichtlichen Anlass gerade im Saale dieses Stadtrates begrüßen zu dürfen; denn hier war es uns mehr wie einmal vergönnt, dem Allergnädigsten Monarchen und den Hohen Mit-

gliedern Seines erhabenen Hauses unsere Huldigungen darzubringen.

Heute tuen wir es mit dem Gefühle innigster Dankbarkeit, da wir wissen, dass der Sieg unseres gnädigsten Kaisers, der Sieg Seiner ausgezeichneten Armee und Seines treuen Bundesgenossen auch für die Geschicke dieser polnischen Stadt und unseres ganzen Landes von entscheidender Bedeutung sein wird.

Von der erhofften Konsolidation der politischen Zustände in Europa, erwartet auch unser Volk und die Einwohner dieser Stadt mit Zuversicht, dass der ganzen polnischen Nation eine bessere Zukunft erblühen wird.

Durch den furchtbaren Krieg hart betroffen und arg bedrängt, sieht unser Volk dennoch, ebenso wie andere Nationen unter dem herrlichen Scepter Seiner Majestät in den siegreichen Fortschritten unserer Armeen die sicherste Bürgschaft für ein besseres Dasein. Denn bei uns und in der Fremde weiss man allgemein, dass die Hohen Lenker der verbündeten Monarchien die ideellen Güter der Menschheit, die politischen und bürgerlichen Freiheiten schützen und mehren.

Von diesen hohen Hoffnungen getragen, waren wir und sind wir bereit, die höchsten Opfer freudig zu bringen in der Ueberzeugung, dass die glorreichen Armeen unter so ausgezeichnete Leitung Euerer Kaiserlichen Hoheit dem sicheren Siege entgeengeführt werden.

In diesem hochgeschichtlichen Momente rufen wir mit wärmster Dankbarkeit und tiefster Ergebenheit aus vollem Herzen:

Seine Kaiserliche und Königliche Majestät Franz Josef der I., Sein erhabenes Haus, der Armeekommandant Seine Kaiserliche Hoheit Erzherzog Friedrich — Sie leben hoch! hoch! hoch!“

4) Die Abschiedsrede an S. Exzell. General der Kavallerie R. v. Böhm-Ermolli am 4. September 1915:

„Euer Exzellenz! Wir nehmen uns die Freiheit Euer Exzellenz zu den jüngsten glänzenden Erfolgen der von Ihnen geführten II. Armee Namens der Stadt und ihrer Bevölkerung zu gratulieren.

Dem berühmten Eroberer der Stadt Lemberg, dessen Name auf ewige Zeiten mit der Geschichte dieser Metropole verknüpft sein wird, sagen wir unseren Dank, denn die Fortschritte der von Euer Exzellenz kommandierten Truppen bedeuten vor den Augen der zivilisierten Welt den wachsenden Sieg der westeuropäischen Kultur und Gesittung.

Mit den herzlichsten Glückwünschen verbinden wir ferner den Dank für das besondere Wohlwollen, für die Fürsorge, die Euer Exzellenz und die Ihnen unterstellten Organe der Militärverwaltung unserer Stadt zu Teil werden liessen. Dank dieser fürsorglichen Mühewaltung der Militärbehörden ist es der städtischen Verwaltung gelungen über die momentanen Schwierigkeiten hinwegzukommen.

Wir haben gehört, dass unsere Stadt binnen kurzem nicht mehr die Ehre haben wird, Euer Exzellenz in ihren Mauern zu beherbergen. Dieser äussere Umstand aber vermag nicht das feste

Band, das diese Stadt mit der Person Euerer Exzellenz, ihres Erlösers verknüpft, zu lockern. Wir behalten uns auch vor nach dem, gebe Gott, glücklich überstandenen Kriege, diesem historischen Ereignis der Befreiung Lembergs dank Euerer Exzellenz ruhmreicher Mitwirkung ein dauerndes Zeichen zu widmen.

Für die nächsten Operationen auf dem Kriegsschauplatze wünschen wir Euer Exzellenz viel Glück. Dass das Endergebnis ausgezeichnet sein wird, dessen sind wir sicher, weil wir von allem Anfang an überzeugt waren, dass das numerische Uebergewicht der intellektuellen Energie, die sich in Euer Exzellenz als einem der bestbewährten Heerführer verkörpert, zurücktreten muss.

Noch einmal die herzlichsten Glückwünsche!



51-

E ❁ 214162

39316

Biblioteka Główna UMK



300020718191